

Nr. **120**

Jürgen Lüthje
Hilke Günther-Arndt
Rainer Krüger

Vom Projekt einer Universität zur Universität mit Profil

Zwei Beiträge zur Geschichte der
Carl von Ossietzky Universität Oldenburg

2000

Inhalt

<i>Vorwort</i>	5
<i>Jürgen Lüthje</i>	
Vom Projekt zum Profil	9
<i>Hilke Günther-Arndt</i>	
Geschichte der Universität Oldenburg 1974-1999	27
<i>Rainer Krüger</i>	
Gewollt, aber nicht geliebt	59
<i>Autorin und Autor</i>	65

VORWORT

Die Universität Oldenburg, die sich seit 1991 auch offiziell Carl von Ossietzky Universität nennen darf (vgl. Oldenburger Universitätsreden Nr. 47), feierte im Sommer des Jahres 1999 ihr fünfundzwanzigjähriges Bestehen. In zahlreichen Veranstaltungen, an denen in bemerkenswert großer Zahl auch die außer-universitäre Öffentlichkeit teilnahm, wurde versucht, Bilanz zu ziehen und Perspektiven für die Jahre nach der Jahrtausendwende zu entwickeln.

Erfreuliches ist dabei zu beobachten gewesen. Zum einen sicher, daß inzwischen die Stadt Oldenburg, die Region und das Land Niedersachsen die Universität Oldenburg in ganz anderem Maße wahrnehmen, akzeptieren und mehr und mehr auch unterstützen, als dies in den Gründungsjahren der Fall war. Zum anderen auch, daß die Angehörigen der Universität - und an ihrer Spitze die jeweiligen Universitätsleitungen - es schafften, die Ziele der neugegründeten Universität der Öffentlichkeit gegenüber anschaulicher zu vermitteln, als dies in den Anfangsjahren geschah.

Ein „heilsamer Schock“ in diesem Entwicklungsprozeß ist sicher der Regierungswechsel im Jahre 1976 gewesen, als die CDU die politische Verantwortung für das Land Niedersachsen übernahm und in ihrer Hochschulpolitik die Oldenburger Neugründung zu einem realeren Blick auf die Gesellschaft zwang. Dies hatte nicht zur Folge, daß die Reformideen der endsechziger Jahre, nämlich Schaffung einer Universität zum Ausgleich von Bildungschancen, Mitbestimmung am Arbeitsplatz durch paritätische Besetzung der Entscheidungsgremien, Stärkung der Selbstverwaltung durch eine Präsidialverfassung, Verbindung von Forschung, Lehre und Studium durch forschendes Lernen in Projekten etc. aufgegeben wurden, sondern daß diese Ideen auf ihre Realisierbarkeit unter neuen hochschulpolitischen Para-

metern und auf neue gesellschaftliche Zielsetzungen hin betrachtet und modifiziert wurden.

Zu den Persönlichkeiten, die die Entwicklung der Carl von Ossietzky Universität in diesem skizzierten Prozeß maßgeblich begleiteten, gehören Professor Dr. Rainer Krüger, Gründungsrektor der Universität von 1974 bis 1979, und Dr. Dr. h.c. Jürgen Lüthje, damals Kanzler der Universität Oldenburg. Der eine, Rainer Krüger, feierte im Juli 1999 seinen Sechzigsten Geburtstag, der andere, Jürgen Lüthje, heute Präsident der Universität Hamburg, war gekommen, um den Festvortrag auf dem vom Fachbereich 3 Sozialwissenschaften ausgerichteten Symposium zum 60. Geburtstag Krügers zu halten.

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe der Oldenburger Universitätsrede Lüthjes Festvortrag, in welchem er sich insbesondere mit den Anfängen der nunmehr 25 Jahre jungen Oldenburger Universität befaßt. Wir sehen in der Veröffentlichung dieser Gedanken einen wichtigen Beitrag zur weiteren Stärkung der Beziehungen zwischen Universität Oldenburg, Stadt Oldenburg und Region. Lüthjes Ausführungen werden ergänzt durch einen Text, den die Historikerin Frau Professorin Dr. Hilke Günther-Arndt verfaßte und der die 25-jährige Geschichte der Universität Oldenburg insgesamt in den Blick nimmt. Frau Günther-Arndt ist Dekanin im Fachbereich 3 Sozialwissenschaften und zeichnete in dieser Funktion verantwortlich für das Geburtstags-symposium für Rainer Krüger.

Die Anregung, auch den Text von Hilke Günther-Arndt einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen, verdanken wir dem Vorsitzenden der Universitätsgesellschaft, Herrn Günter Waskönig; der wiederum zählt zu denjenigen Persönlichkeiten, die in kritisch-konstruktiver Manier den Weg der Universität Oldenburg begleiten und immer wieder für Zustimmung und Unterstützung im weiteren Umfeld der Hochschule sorgen.

Schließlich geben wir dem Gründungsrektor Rainer Krüger Gelegenheit, seine rückblickenden Gedanken, die er in einem Inter-

view mit dem Pressesprecher der Universität, Gerhard Harms, äußerte, derjenigen Öffentlichkeit mitzuteilen, die wir durch diese Oldenburger Universitätsrede zu erreichen versuchen.

Oldenburg, im Januar 2000

Prof. Dr. Friedrich W. Busch

JÜRGEN LÜTHJE

Vom Projekt zum Profil

Anläßlich des 60. Geburtstages von Rainer Krüger möchte ich nicht dessen Lebenswerk würdigen: Dazu hat es zu viele Facetten. Ich möchte vielmehr auf eine Phase der Kooperation zurückblicken - hoffentlich nicht mit zu viel Nostalgie, aber auch nicht in dem Willen, mich von einer Zeit zu distanzieren, die Gerd Harms als die „Flegeljahre der Universität Oldenburg“ bezeichnet hat: das Rektorat Rainer Krüger von 1974 bis 1979. Ich will eine reflektierende Bilanz versuchen.

Die Mittsiebziger Jahre waren eine Zeit, in der man – mit 33 Jahren Rainer Krüger oder ich mit 31 Jahren – sehr früh eine Leitungsfunktion einer aufzubauenden Universität übernehmen konnte. Es war eine Zeit, die als Zeit des Aufbruchs empfunden wurde, aber im Rückblick ganz sicherlich schon eine Zeit des Übergangs war: eines Übergangs zu einer neuen hochschulpolitischen Konstellation, die in schreckliche Worte wie Studentenberg oder Untertunnelung mündete. Es war also eine Zeit inmitten eines hochschulpolitischen Wendepunktes. Die Universität Oldenburg und die Universität Osnabrück waren, wenn man von der sehr viel späteren Gründung der Technischen Universität in Hamburg-Harburg aus völlig anderen Gründen absieht, die beiden letzten Universitätsgründungen der hochschulpolitischen Expansionsphase, die Mitte der 60er Jahre begann. Die Stimmung, die uns alle zu diesem Zeitpunkt erfüllte, prägte und beschäftigte, läßt sich am Text der Präambel zur Grundordnung der Universität Oldenburg ablesen. Die Verabschiedung einer Grundordnung war eines der streitigsten Vorhaben in der späten Phase des Gründungsausschusses, und die Präambel war Vorausset-

zung dafür, daß sich unterschiedliche Positionen – dann einstimmig – auf eine Grundordnung verständigen konnten.

Dieser Text wurde kein Teil der Grundordnung, aber er lag ihr zugrunde. Im Kern bekundet diese Präambel „den Willen, nicht nur eine notwendige Bildungseinrichtung zu schaffen, sondern eine Universität zu gründen, die ihre Aufgaben in gesellschaftlicher Verantwortung erfüllt und sich dabei an gesellschaftlichen Bedürfnissen orientiert, die ihre Entscheidung demokratisch in gleichberechtigter Mitwirkung aller Mitglieder trifft, die zur Verwirklichung des Rechtes auf Bildung für Alle beiträgt.

Der Gründungsausschuß wollte die Arbeit der Universität auf folgende Grundlagen stellen:

- die Verfaßtheit als Integrierte Gesamthochschule als Ansatz zum Ausgleich von Bildungschancen,
- Mitbestimmung am Arbeitsplatz durch paritätische Besetzung aller Entscheidungsgremien,
- Öffentlichkeit und Durchsichtigkeit der Entscheidungsvorgänge,
- Stärkung der Selbstverwaltung durch Präsidialverfassung und Einheitsverwaltung,
- Verbindung von Forschung, Lehre und Studium durch forschendes Lernen in Arbeitsbereichen,
- Verbindung von wissenschaftlicher Arbeit und gesellschaftlicher Praxis,
- öffentliche Darlegung von wissenschaftlicher Arbeit und ihren Ergebnissen.

An einer konsequenten Verwirklichung dieser Ziele wurde der Gründungsausschuß durch gesetzliche Regelungen und dazu ergangene höchstrichterliche Urteile gehindert. Vor allem das Urteil des Bundesverfassungsgerichts schränkte die Möglichkeiten einer am Grundgesetz ausgerichteten Universitätsreform empfindlich ein, ohne die Einschränkungen aus dem Grundgesetz begründen zu können. Der Gründungsausschuß hatte keine Möglichkeiten, diese Beschränkungen zu beseitigen – die Grund-

ordnung nutzte also den verbliebenen Spielraum. Der Gründungsausschuß fordert aber die Carl von Ossietzky Universität auf, sich beständig um die Verwirklichung der ursprünglichen Gründungsziele zu bemühen.“

In der Präambel wird die Gespaltenheit deutlich, die den gesamten Aufbau der Universität Oldenburg geprägt hat, und sie zeigt auch das Dilemma, dem sich ein erster Rektor dieser Universität gegenüber sah: Er mußte einerseits die Rückbindung an das Programm dieser Universitätsgründung sichern und integrierend dafür sorgen, daß alle, die eigentlich andere und weitergehende Ziele durchsetzen wollten, diesen Weg mitgingen. Gleichzeitig mußte er den Kontakt zur Umwelt sicherstellen und die Entwicklung der Universität in einer Umgebung voranbringen, die schon anfangs, ganz anders zu denken oder überhaupt ganz anders dachte. In der Phase des Übergangs von der Gründung und Vorbereitung zum Aufbau der Universität zeigt sich, daß die Universitätsgründung in Oldenburg vom Staat in einer, aus heutiger Sicht kaum verantwortlichen Weise nur als Verfahren gestaltet wurde: durch Einsetzung eines Gründungsausschusses, ohne daß der staatliche Träger deutlich machte, welche Art von Universität er gründen wollte. Er überließ die gesamte Zielbestimmung und die gesamte Ausfüllung der Zwecke dieser Universität einem von ihm eingesetzten Gründungsausschuß. Zudem lud er diesem Gründungsausschuß die volle Last der Legitimation dieser Ziele gegenüber einer Öffentlichkeit auf, die selbst so weit häufig noch gar nicht war oder nicht so weit gehen wollte. Diese Universitätsgründung – und damit ihr erster Rektor – bekam also eine doppelte Hypothek mit auf den Weg: ungeklärte Ziele und eine völlig ungeklärte finanzielle Zukunft. Keines der künftigen Jahre war in der mittelfristigen Finanzplanung des Landes Niedersachsen verlässlich abgeklärt. Zu den Hypotheken gehörte auch, und das muß man ganz nüchtern feststellen, ein zutiefst gestörtes Verhältnis zur Stadt. Es beruhte nicht zuletzt darauf, daß ein wesentlicher Teil der Mitglieder des Gründungsausschusses von außen kam und sich in die Gründungsarbeit so vertiefte, daß in diesen Jahren kein Bezug

zu den Repräsentanten dieser Stadt hergestellt werden konnte. Das wurde auch nicht dadurch ausgeglichen, daß einige Mitglieder des Gründungsausschusses aus der Pädagogischen Hochschule, zu denen Rainer Krüger zählte, durchaus Verständigungsversuche gemacht haben. Belastend wirkte darüber hinaus eine hochschulpolitische Polarisierung, die sich in den zurückliegenden Jahren bundesweit herausgebildet hatte. Schließlich bestanden völlig gegensätzliche Erwartungen an die neu gegründete Universität: Sie reichten von dem Wunsch, eine „Alma mater“ in Oldenburg entstehen zu sehen, wie ihn die konservativ-bürgerliche Szene hegte, bis hin zu der Erwartung, diese Universität solle dazu beitragen, die Gesellschaft grundlegend zu reformieren. Intern litt dieser Gründungsprozeß unter den Widersprüchen zwischen all jenen, die am Aufbau der Universität beteiligt waren. Rainer Krüger hat in einem rückblickenden Artikel in dem Buch *10 Jahre Universität Oldenburg* diese Widersprüche aufgezeigt.

So war die Universitätsgründung in Oldenburg nicht nur der Aufbau einer Institution, sondern ein Reformprojekt – mit dem Ziel, Reform gegen den Wind zu betreiben, also Reform in Auseinandersetzung mit einer politischen Umgebung, die wesentliche Reformziele nicht mittragen wollte, und der man diese Ziele – soweit sie überhaupt erfüllbar waren – abtrotzen mußte.

Einige Beispiele mögen diese Ausgangssituation deutlich machen. Friedrich Busch, damals Stellvertretender Rektor, hat schon auf das wichtigste Anliegen der Gründungsphase verwiesen, das die Herkunft dieser Universität aus der Pädagogischen Hochschule spiegelt – die Entwicklung einer Einphasigen Lehrerbildung. Zunächst sollte sie als Einphasige Integrierte Lehrerbildung konzipiert werden, schon bald aber nur noch als Einphasige Lehrerbildung. In damals gängige Abkürzungen gefaßt: es ging um den Schritt von der EILAB zur ELAB.

Beim Aufbau der Einphasigen Lehrerbildung kam es zur Auseinandersetzung zwischen denjenigen, die in Fortführung der

positiven und auch anerkannten Tradition der Pädagogischen Hochschule die Lehrerbildung reformieren wollten, und denjenigen, die die Reform der Lehrerbildung als Schulreform durch Ausbildung verstanden. Damit geriet das Ausbildungskonzept der Einphasigen Lehrerbildung in eine Auseinandersetzung, die damals bundesweit um die Einführung der Gesamtschule geführt wurde, also um die Frage, ob die Schulen nach Altersstufen oder nach Schultypen gegliedert werden sollten. Zudem geriet dieses Projekt mitten in die Auseinandersetzung zwischen unterschiedlichen Lehrerverbänden – einerseits GEW, andererseits der Philologenverband – , die sich für völlig unterschiedliche Typen von Schulen und Ausbildung einsetzten. An dieser Stelle fehlte das eindeutige staatliche Wort, welche Art der Lehrerbildung denn der Staat anstrebte. So wurde das eigentlich am Anfang einer Ausbildung Notwendige – beispielsweise eine Prüfungsordnung oder Richtlinien über die Art der Ausbildung – von der staatlichen Seite immer wieder hinausgezögert. Selbst als die ersten Absolventen der Einphasigen Lehrerbildung ihr Examen ablegen mußten, war die staatliche Prüfungsordnung immer noch nicht verabschiedet. Hier lag die Wurzel für ein Konfliktpotential, das dann mangels Klarheit staatlicher Vorgaben bzw. Entscheidungen auf dem Rücken der Universität und des Rektors dieser Universität ausgetragen wurde. Allerdings ist auch zu sagen, daß in unrealistischer Einschätzung der Möglichkeiten einer Ausbildungs- und Bildungseinrichtung wie der Universität viele von uns damals froh waren über dieses Vakuum, da es auch Freiraum bedeutete. Was es bedeutete, in einem Vakuum ausbilden zu müssen, war uns damals nicht klar.

Ein zweites Beispiel für die Ambivalenz des Reformprojektes stellt das Pendeln zwischen dem Konzept des Projektstudiums und dem Konzept curricular gestalteter Studiengänge dar. In dem Titel meines Vortrags „Vom Projekt zum Profil“ spiegelt sich auch das „Projekt Haarenniederung“ - ein Versuch, Diplomstudiengänge mit Lehrerbildung zu verkoppeln sowie Naturwissenschaften mit Geistes- und Sozialwissenschaften zu ver-

knüpfen. Im Plenum dieses Projektes war fast die gesamte Universität vernetzt. In dieser Komplexität des Ansatzes war notwendig auch sein Scheitern angelegt. Trotzdem haben alle Beteiligten dies damals als eine faszinierende Herausforderung empfunden, sind sie wahrscheinlich in der Verwirklichung dieses Projektes über sich hinausgewachsen. Sie haben versucht, Theorie und Praxis zu integrieren, Lokal- und Regionalbezug herzustellen, für Diplom- und Lehramt gleichzeitig auszubilden, und sie haben dabei noch versucht, unmittelbar gesellschaftlichen Nutzen zu stiften, beispielsweise die Huminstoffe im Wasser der Haaren zu analysieren, und auch die Frage zu untersuchen, welche Folgen es hat, wenn die Haaren nicht mehr rückwärts fließt.

Ein drittes Spannungsfeld dieses Gründungsprozesses war der Zielkonflikt zwischen Mitbestimmung und Effizienz. Er spiegelte sich in überlangen Sitzungszeiten, in einem übermäßigen Verschleiß an persönlicher Energie, die aber zugleich von allen Beteiligten zumeist klaglos hingenommen wurden, weil das Gefühl vorherrschte, die Sache sei den Einsatz wert. Viertelparität konnte man nicht mehr praktizieren, seit das Universitätsorganisationsgesetz die Konsequenzen aus dem Bundesverfassungsgerichtsurteil gezogen hatte. Aber die schwierige Diskussion um die Grundordnung konzentrierte sich immer wieder auf die Frage, wie man doch noch einen Zipfel weitergehender Mitbestimmung erreichen konnte. Die Frage, ob es nicht vernünftig sein könnte, Arbeitsformen über längere Zeit hinaus durch Institutionalisierung zu stabilisieren - dies zeigte die Auseinandersetzung um die Frage, ob es an der Universität Institute geben sollte -, führte in den Dissens darüber, ob nichtparitätische Institutsräte oder eine Institutsorganisation ohne Institutsrat zu akzeptieren wären. Daraus ergab sich in der Organisationsform der frühen Universität Oldenburg ein Organisationsvakuum, das den Zielkonflikt zwischen Mitbestimmung und Effizienz zuspitzte. Andererseits hatte die Tatsache, daß Interdisziplinarität an der Universität Oldenburg sicherlich mehr Chancen hatte als

an vielen anderen Universitäten, auch mit der sehr späten Einführung von Instituten zu tun.

Ähnlich widersprüchlich entwickelte sich das Spannungsverhältnis von Autonomie der Universität und ministeriellem Anspruch auf staatliche Lenkung und Aufsicht. In der frühen Phase der Universität Oldenburg gab es ein Gesetz zur Gründung der Universitäten Oldenburg und Osnabrück mit 25 Paragraphen und eine Grundordnung der Universität mit 85 Paragraphen. Rechtlich hat es wohl noch nie eine Phase derart ausgeprägter universitärer Autonomie gegeben, wie sie in dieser frühen Gründungsphase der Universitäten Oldenburg und Osnabrück bestand. Gleichzeitig schreckte derselbe Staat, der durch Beschränkung der Gesetzgebung auf 25 Paragraphen diesen Freiraum geschaffen hatte, vor den Konsequenzen dieser Entscheidung zurück und versuchte, durch kleinlichste Handhabung staatlicher Aufsicht der Universität auch die geringsten Risiken von Fehlentscheidungen abzunehmen. Das zeigte sich beispielsweise in der Auseinandersetzung um die Diplomprüfungsordnungen. Im Gegensatz zur gesetzlichen Zuständigkeitsverteilung, der zufolge die Regelung der Prüfungsordnungen bei den Fachbereichen lag, versuchte der Senat der Universität Oldenburg, auf der Grundlage eines grundsätzlich vorhandenen Konsenses eine zentrale Rahmenprüfungsordnung für die Diplomstudiengänge zu verabschieden. Sie sollte in allen Fächerkulturen gleiche Prinzipien für die Diplomabschlüsse und Prüfungsverfahren sicherstellen. Das bedeutete natürlich den Konflikt mit den unterschiedlichen Prüfungstraditionen in verschiedenen Fachkulturen. Dieser Versuch, eine einheitliche, übergreifende Rahmenprüfungsordnung für die Diplomstudiengänge zu erarbeiten, geriet schon in der Universität immer wieder ins Stocken, kam schließlich aber doch zu einem Ergebnis, das von der staatlichen Seite allerdings nicht genehmigt wurde. Die sozialdemokratische Regierung verweigerte die Genehmigung, weil man sich beispielsweise über den Stellenwert studienbegleitender Prüfungen, über die Frage einer Zwischenprüfung und über die Frage, ob zu einer anständigen Prüfung eine Klausur gehöre oder nicht, nicht verständi-

gen konnte. Kurz vor dem Wechsel zur konservativen Regierung unter Ernst Albrecht beschloß die Universität eine den staatlichen Bedenken weitgehend Rechnung tragende Prüfungsordnung. Vielleicht zwei, drei Tage zu spät: die Genehmigung wurde nicht mehr erteilt. Dann kam der Schock des Regierungswechsels, und wenige Monate später verabschiedete die Universität in ihren Gremien eine Prüfungsordnung für die Diplomstudiengänge, die von den Vorstellungen der Universität so weit entfernt war, daß sie eigentlich die vergleichsweise begrenzten Dissense mit der sozialdemokratischen Regierung besser hätte hintanstellen können.

In der Gründungs- und Aufbaugeschichte der Universität Oldenburg finden sich viele verpaßte Gelegenheiten, in denen Reformen nicht zustande kamen, weil man noch mehr erreichen wollte und zum Kompromiß mit der sozialdemokratischen Regierung nicht bereit war. Verglichen mit den später erforderlichen Kompromissen mit der CDU/FDP-Regierung wirken im Rückblick manche Auseinandersetzungen der frühen Gründungs- und Aufbauzeit unverständlich.

Ein weiteres Konfliktfeld zwischen Autonomie und staatlichem Lenkungsanspruch war der Namensstreit. Keine Auseinandersetzung hat uns emotional so gepackt wie diese, obwohl sie für die Entwicklung der Universität keine wirkliche Relevanz zu haben schien. Der Konflikt begann bereits mit der Auseinandersetzung um die Genehmigung der Grundordnung. Sollte der Name Carl von Ossietzky Universität Bestandteil der Grundordnung sein oder nicht? Zwischen Universität und Ministerium wurde vereinbart, diese Frage zunächst einmal in die Präambel zu verlagern und sie damit von der Genehmigung auszunehmen. Dennoch kam es zu dem Konflikt um den Namenszug am AVZ-Turm, der in einen Polizeieinsatz mündete. Es kam zu dem Stacheldrahtknoten als Symbol für die Auseinandersetzung um die Namensgebung im Zusammenhang mit den Ossietzky-Tagen, in deren Rahmen der Verfassungsrichter Helmut Simon und der Gewerkschafter Siegfried Bleicher die Ossietzky-Medaille

erhielten. Zu diesem Stacheldrahtknoten gibt es einen grotesken Schriftwechsel: Damals schrieb der Abteilungsleiter des Ministeriums an die Universität, die Universität sei nicht berechtigt, den Stacheldrahtknoten auf dem Grundstück des Landes aufzustellen, und schon gar nicht sei sie legitimiert, die 20.000 DM Preisgeld für den Wettbewerb aus dem Haushalt zu zahlen. Das Preisgeld wurde durch Spenden aufgebracht und der Knoten dennoch aufgestellt. Zu einem Polizeieinsatz, der den Knoten beseitigt hätte, ist es nicht gekommen.

Der Namensstreit war im Rückblick von großer Bedeutung für die Entwicklung der Universität Oldenburg: Hätte der Name der Universität im Genehmigungsverfahren reibungslos die Zustimmung der staatlichen Seite erhalten, würde heute kaum jemand eine Carl von Ossietzky Universität wahrnehmen. Erst die Ablehnung und die darauf folgende Auseinandersetzung haben die Mitglieder der Universität Oldenburg gezwungen, auch sich ernsthaft mit Leben und Wirken Carl von Ossietzkys zu beschäftigen, sie haben aber auch die städtische Umgebung und die politische Öffentlichkeit in der Bundesrepublik veranlaßt, den historischen Stellenwert der Persönlichkeit von Ossietzky zu reflektieren. Nur auf dieser Grundlage war es möglich, daß schließlich die Ossietzky-Edition herausgegeben wurde und wenige Tage vor meinem Abschied aus Oldenburg der Landtag nahezu einstimmig den Beschluß faßte, daß die Universität Oldenburg den Namen Carl von Ossietzky führen darf.

Diese Auseinandersetzung gehört zu den spannendsten Kapiteln einer bundesdeutschen Geschichte symbolischer politischer Prozesse und verdient insofern besondere Aufmerksamkeit.

Zu den Auseinandersetzungen zwischen Autonomie und staatlichem Geltungsanspruch gehören auch die Berufsverbote. Wenn man sich vor Augen hält, daß eine Anhörung im Disziplinarverfahren in der Universität Oldenburg hochschulöffentlich durchgeführt wurde und das Ministerium dies als Verstoß gegen die Disziplinarordnung beanstandete, obwohl der Betroffene die

öffentliche Anhörung beantragt hatte, dann zeigt sich an diesem Detail, mit welcher Erbitterung das Ringen um Autonomieanteile und Ansprüche staatlicher Lenkung seinerzeit stattgefunden hat. Vergegenwärtigt man sich, wie selbstverständlich heute unsere Gesellschaft ohne Berufsverbote funktioniert und wie wenig irgend jemand die Möglichkeit vermißt, bei der Einstellung von Beamten eine Regelanfrage durchzuführen, dann ist kaum verständlich, wie diese Regelung des Zugangs zum Beamtentum oder zum öffentlichen Dienst zur Überprüfung der Verfassungstreue damals zustande kommen konnte.

Ein letztes Beispiel staatlicher Eingriffe in die Universitätsentwicklung war die Weigerung des Ministeriums, Herwig Blankertz nach Oldenburg zu berufen – einen herausragenden Erziehungswissenschaftler. Dieser Ruf wäre in der akademischen Welt als Signal verstanden worden. Blankertz erhielt keinen Ruf, die Berufungsliste wurde einfach liegengelassen, weil sich Blankertz in Nordrhein-Westfalen für die Kollegstufe und für Gesamtschulkonzepte eingesetzt hatte. Diese Laus wollte sich die konservative Regierung nicht in den niedersächsischen Pelz setzen. Das geschah kurz vor dem Rücktritt von Rainer Krüger. Vielleicht war das einer der Tropfen, die schließlich das Faß zum Überlaufen gebracht haben.

Ein Konfliktfeld von grundsätzlicher Bedeutung lag in der Spannung zwischen einem Planungs- und einem Entwicklungskonzept für Hochschulgründungen. Das hochschulpolitische Denken und die Hochschulreform der späten 60er und frühen 70er Jahre waren vornehmlich geprägt durch quantitative Ausbaupläne und durch qualitative Konzepte, die auf verallgemeinerungsfähige Modelle zielten. Man entwarf einen angestrebten Soll-Zustand als Konzept und verstand dann den Aufbau einer Institution als dessen Umsetzung. Dem steht heute eher ein Denken in Organisationsprozessen gegenüber und es gibt gute Gründe, sich an solchen Konzepten der Institutions- und Organisationsentwicklung zu orientieren. Die Universität Oldenburg hat in der Zeit des Krüger-Rektorats drei verschiedene quantitative Ausbauziele

gehabt. Die Zielzahl von 14.800 Studienplätzen sank auf 5.200 Studienplätze. Dann kam noch einmal eine leichte Erhöhung auf 5.800 bzw. 6.300 Studienplätze. In diesen Zahlen spiegeln sich völlig unterschiedliche Fachverteilungen: Mal bewegte sich das Pendel zu einem Schwerpunkt in den Naturwissenschaften und wenn man dann festgestellt hatte, wie teuer die Naturwissenschaften waren, schlug es zurück zu dem Versprechen, jetzt endlich Jura einzurichten. Keines dieser Versprechen wurde eingehalten. Tatsächlich gebaut und ausgebaut wurde eine Universität mit einem einigermaßen ausgewogenen Verhältnis von Naturwissenschaften sowie Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften.

Die gesamte Ausbauphase der Universität war durch ständige Finanzierungsbrüche gekennzeichnet. Das zeigt sich auch in den Baumaßnahmen der Universität, die durch anspruchsvolle architektonische Konzepte geprägt waren. Darin liegt eine der großen Stärken der Universität Oldenburg. Es gelang damals wirklich, von dem Denken in Betonmassen wegzukommen – hin zu dem Anspruch, eine qualitätsvolle Arbeits- und Lebensumgebung für die Universitätsmitglieder zu schaffen. Weil diese Linie beim weiteren Ausbau der Universität Oldenburg eingelöst und durchgeführt wurde, ist die Universität Oldenburg eine der schönsten Neugründungen der Bundesrepublik. Das hatte seinen Preis. Er spiegelt sich in Begriffen wie Ausbaustop und Fahrraddemo oder in der Demonstration am Opernplatz in Hannover, mit dem bis dahin unvorstellbaren Vorgang, daß - aus Spenden finanziert – am Tage einer Kabinettsitzung eine ganzseitige Anzeige in der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung* erschien: „Ausbildung und Arbeit auch für Oldenburger und Ostfriesen.“ Diese Anzeige lag auf dem Kabinetttisch – zusammen mit der Tagesordnung, auf der neue Kürzungen für die Bauprogramme der Universität Oldenburg beschlossen werden sollten. Unter dem Eindruck dieser Aktion hat das Kabinett über die vorgeschlagene Kürzung nicht entschieden und seine ursprünglich erarbeiteten Pläne später revidiert. Dies zeigt, mit welchem Einfallsreichtum und mit welcher Konfliktbereitschaft die Univer-

sität Oldenburg ihre Ziele verfolgt hat, aber auch mit welcher politischen Wirksamkeit. Es ist heute kaum noch vorstellbar, daß Institutionen ihre Ziele gegenüber einer Politik, die etwas anderes will, so konsequent vertreten und zumindest teilweise durchsetzen.

Diese Phase hat aber noch einen anderen wichtigen Effekt gehabt: Die Fahrraddemonstration, die Demonstration auf dem Opernplatz und die von den Menschen der Region stark unterstützten Auseinandersetzungen um die Ausbauziele lehrten die Stadt und die Region, daß viele der Konflikte, die in der frühen Gründungsphase zunächst als Unbotmäßigkeit, als Fehlverhalten der Universität interpretiert wurden, tatsächlich etwas anderes waren: das Eintreten für berechnigte Anliegen, die auch auf staatliche Legitimation zurückgingen. Die spätere Entwicklung einer intensiven Identifikation der Stadt und der Region mit der Universität gehen sicherlich auf diese Phase zurück. Die Fahrrad-demo hat einen Stimmungswandel im Verhältnis der regionalen Öffentlichkeit zur Universität herbeigeführt und viel Sympathie für die Universität gewonnen. Hier liegen die Wurzeln für Entwicklungen, die dann in den frühen 80er Jahren auch zu einem gewandelten Verhältnis zwischen Universität und Industrie- und Handelskammer geführt haben.

Damit ist ein Stichwort gefallen, das zu den schwierigsten Problemen der Universität Oldenburg in ihrer Gründungsphase und vor allem auch in der Aufbauphase gehörte: Die Universität hatte ein gestörtes Verhältnis zur Wirtschaft. Sie verstand sich als eine Institution, deren Aufgabe es war, zu einer Reform der Wirtschaftsordnung durch eigenes Handeln und das Handeln ihrer Mitglieder beizutragen. Es kann nicht verwundern, daß einer Universität, die sich so definiert, aus der Wirtschaft keine positive Resonanz erfährt. Hinzu kam das dezidierte Bekenntnis zur Kooperation mit den Gewerkschaften und die fast panische Reaktion der Presse mit der Schlagzeile: „Universität in Vettters Fängen?“ Dieser *Welt*-Artikel bewirkte, daß ein sozialdemokratischer Ministerpräsident, wie Alfred Kubel, den Abschluß des

Kooperationsvertrages mit dem DGB durch Anweisung an die Universität und das Wissenschaftsministerium stoppen ließ. Daraufhin kam es in Hannover zu einem Treffen zwischen dem DGB-Vorsitzenden Wolfgang Schulze, Rainer Krüger und mir sowie Minister Grolle. In einer mehrstündigen Sitzung wurde ausgehandelt, in welcher Form, unter welchen Rahmenbedingungen und mit welchen inhaltlichen Konzessionen der Kooperationsvertrag abgeschlossen werden konnte. Später wurden solche Kooperationsverträge zur Selbstverständlichkeit. Die Kooperation in Oldenburg spiegelt sich in der jährlichen Kohlfahrt, einer eher beschaulichen Veranstaltung, die keinerlei revolutionären Charakter hat, sondern durch Schweineorden und launige Reden geprägt ist. Andererseits hat dieser Kooperationsvertrag nicht verhindert, daß dann konstruktiv am Aufbau guter Beziehungen zur wirtschaftlichen Umgebung der Universität gearbeitet wurde. Heute hat die Universität selbstverständlich eine Arbeitsstelle Dialog und eine Kooperationsstelle - und damit ein sehr ausgewogenes und gutes Verhältnis zu beiden Seiten des Arbeitslebens.

Die Universität Oldenburg ist gegründet worden – und wollte sich immer gründen – als ein Modell, nicht als ein Experiment. Worin unterscheiden sich diese beiden Konzepte? Ein Modell tritt mit dem Anspruch auf, anderen vorzumachen, wie sie später auch werden sollen. Ein Experiment hingegen beansprucht den Status eines Versuchs – mit der Möglichkeit des Scheiterns und mit der Möglichkeit, etwas anders zu machen als die anderen, darin aber toleriert zu werden. Ein wesentlicher Teil der Spannungen, die sich zwischen der Universität Oldenburg und der bundesweiten akademischen Umgebung, insbesondere den Traditionsuniversitäten, früh herausgebildet und zugespitzt haben, gehen auf diesen Modellanspruch zurück. Das ist übrigens nicht nur Schuld der Universität. Viele Elemente des Universitätsaufbaus wurden mit Bundesmitteln finanziert – als Modellversuche. Modellversuche durften vom Bund nur gefordert werden, wenn sie geeignet waren, auch verallgemeinert und auf andere Institutionen übertragen zu werden. Das finanzpolitische

Interesse des Landes, Bundesmittel einsetzen zu können, führte also zu einer Verschärfung dieses Modellanspruchs der Universität. Damit wurde die Universität Oldenburg – so klein und so jung sie auch war – von vielen Universitäten als Bedrohung empfunden.

Einen tiefen Einschnitt in der Entwicklung der Universität Oldenburg bildete der Regierungswechsel von 1976. Ich erinnere mich noch lebhaft an die Situation, als wir im Rektorat saßen und über den Rundfunk erfuhren, wie die Wahl des Ministerpräsidenten ausgefallen war. Zu unser aller Überraschung wurde Ernst Albrecht gewählt. Uns traf wie ein Schock, daß die bis dahin selbstverständliche Auseinandersetzung mit einer sozialdemokratischen Landesregierung beendet war. Die Universität Oldenburg geriet, einerseits im Verhältnis zu Osnabrück, aber auch in der niedersächsischen Hochschullandschaft, in die Rolle des schwarzen Schafes. Während in der sozialdemokratischen Regierungsphase Oldenburg als aufmüpfiger, unbequemer, zugleich aber engagierter Reformpartner empfunden wurde, war nun plötzlich eine Situation entstanden, in der man um die Existenz und den weiteren Ausbau der Universität fürchten mußte. Nichts, was bis dahin erarbeitet war, schien sicher. In dieser Situation wurde die Universität Oldenburg zu einem Pragmatismus gezwungen, der sie in die Normalität der deutschen Hochschullandschaft eingliedert hat. Möglicherweise war dies ein Geschenk für die Universität. Ob die Universität Oldenburg wenige Jahre später in die DFG aufgenommen worden wäre, wenn dieser harte mentale Bruch damals nicht geschehen wäre? Manch andere Entwicklungen wurden nur deswegen möglich, weil der politische Paradigmenwechsel dazu zwang, die Veränderungen des hochschulpolitischen Denkens bis in die Sozialdemokratie hinein ernst zu nehmen und sich auf diese neue gesellschaftliche Zielsetzung einzurichten. Das führte zum Beispiel zu der Bereitschaft, neben die Diplomstudiengänge auch Magisterstudiengänge zu setzen. Es wirkt aus heutiger Sicht grotesk, daß die Frage, ob neben den Diplomstudiengängen auch Magisterstudiengänge gewollt und zulässig sein sollten, eine

Spaltung in der Universität herbeiführte. Der Berufsbezug der Diplomstudiengänge wurde in einer Weise dogmatisiert und die Monodisziplinarität von Diplomstudiengängen verabsolutiert, daß demgegenüber die größere akademische Freiheit und die Kombinationsvielfalt von Magisterstudiengängen völlig aus dem Blick gerieten.

Das waren im Rückblick die für mich wichtigsten Beispiele für ein Spannungsverhältnis, das die Amtszeit von Rainer Krüger in der Universität Oldenburg geprägt hat. Er hat sich immer in der unbequemen Rolle dessen bewegen müssen, von dem einerseits ein flammendes Bekenntnis zu den Reformzielen verlangt wurde, wenn die universitären Mehrheiten gesichert werden sollten, der aber gleichzeitig den Versuch machen mußte, den Bewegungsspielraum und die Veränderungsbereitschaft der Universität in einer gesellschaftlichen Umgebung zu erhalten, die schon andere Ziele verfolgte. Dieser wohl unvermeidliche Zielkonflikt führte letztlich zu der Entscheidung, im Protest von dem Amt zurückzutreten. Ich glaube, Rainer Krüger hat diesen Schritt auch als Befreiung aus diesem Dilemma empfunden, ihn aber so gestaltet, daß er zugleich wieder neuen Entwicklungen der Universität zugute kommen konnte.

Was ist geblieben von der Amtszeit Rainer Krüger und was kommt heute wieder? Aus dem Projekt Universität Oldenburg ist eine Universität mit einem klaren eigenen Profil geworden. Dieses Profil hat einen Namen – Carl von Ossietzky Universität Oldenburg. Die Universität hat schmerzhaft und mühsam lernen müssen, offen für Neues zu sein und das Neue nicht zu dogmatisieren. Sie hat sich früh an dem Ziel orientiert, durch ihre Wissenschaft zur Lösung von Umweltproblemen beizutragen. Dies ist ein zukunftsweisendes Profilelement der Universität geworden. Diese Universität ist regional verankert wie kaum eine andere Neugründung. Sie ist für die Region Oldenburg/Ostfriesland das, was früher für die Oldenburger ihr Herzogtum war. Die Universität ist, wahrscheinlich angestoßen durch die Auseinandersetzung um die Namensgebung, eine Universität mit internationa-

lem Horizont geworden. Die Möglichkeit, in den 25 Jahren der Universität Oldenburg ein sehr breites internationales Netzwerk zu erschließen, hat ihre Wurzeln in den Sympathiebekundungen und den Unterstützungsschreiben vieler Universitäten aus aller Welt in der Auseinandersetzung um die Namensgebung.

Eine interessante Wendung hat das Verhältnis zu Bremen genommen. In der Gründungs- und Aufbauphase der Universität Oldenburg wie der Universität Bremen verhielten sich diese beiden sehr ähnlichen Gründungen zueinander wie Hund und Katze. Die Berührungsangst entsprang der Furcht, von den Imageproblemen der anderen angesteckt und durch diese Imageprobleme belastet zu werden. Heute bilden beide den am besten funktionierenden Universitätsverbund in Deutschland. Der weitergehende Schritt zum Norddeutschen Evaluationsverbund in Kooperation mit weiteren norddeutschen Universitäten, ein Schritt, wie er in anderen Hochschulregionen wahrscheinlich in den nächsten Jahren auch getan wird, wurde durch diese den Verbund der Universitäten Oldenburg und Bremen vorgezeichnet.

Die Universität hat sich durch die Einrichtung von Graduiertenkollegs und durch ihre Beteiligung an Sonderforschungsbereichen ihre Position in der Forschungslandschaft erarbeitet. Die Neubauten dieser Universität haben Maßstäbe für den künftigen Hochschulbau gesetzt. Mit diesem Profil hat sich die Universität Oldenburg eine gute Position im Wettbewerb der Universitäten erarbeitet, so daß sie in eine gute Zukunft blicken kann. Und darüber hinaus hat sie sich als ein interessantes Forum wissenschaftlichen und kulturellen Diskurses etabliert.

Ist jetzt alles Vergangenheit, was die Gründungs- und Aufbauphase der Universität so konfliktreich machte und was nur begrenzt gegen die dann vorherrschende Hochschulpolitik durchgesetzt wurde? Erstaunlicherweise begegnet man in letzter Zeit in hochschulpolitischen Diskussionen alten Bekannten: Die Einfügung eines Bachelor-Abschlusses in die Magister- oder Diplomstudiengänge ist nichts anderes als die alte Idee gestufter Ab-

schlüsse in einer Gesamthochschule. Die Diskussion über eine Verkürzung der Qualifikationsphase zum Professor durch Reform des Dienstrechts mit dem Ziel, eine Qualifikationsprofessur zu schaffen, oder das Emmy Noether-Programm sind nicht anderes als die Assistenzprofessur der Bundesassistentenkonferenz und die Personalstrukturvorstellung, die am Anfang der Gründung der Universität Oldenburg stand. Das ECTS oder die Leistungspunkte-Systeme sind nichts anderes als studienbegleitende Prüfungen, denen der Staat im Rahmen der Auseinandersetzungen um die Diplomprüfungsordnung gerade seine Zustimmung verweigern wollte. Das Konzept der Modularisierung ist nichts anderes als das Baukastenmodell, an dem sich damals reformierte Studiengänge orientierten. Das Projektstudium erlebt – zwar nicht als verabsolutiertes Konzept, wohl aber als ein wesentliches Element moderner Studienkonzepte - heute eine Renaissance. Wenn Politikerinnen und Politiker unterdessen in Sonntagsreden betonen, die Universitäten müßten endlich mehr Eigenständigkeit und Eigenverantwortung bekommen, dann fordern sie die Autonomie, die wir damals angestrebt und nicht erhalten haben. Wenn heute über die Frage nachgedacht wird, ob das Referendariat in der Lehrerbildung noch eine Zukunft hat, ergibt sich die Struktur einer Einphasigen Lehrerbildung – der Kreis schließt sich.

Rainer Krüger hat die Grundlagen der von mir nachgezeichneten Entwicklung durch seine Tätigkeit als Rektor geprägt. Mir hat es Freude gemacht, die ersten Jahre der Universität Oldenburg mit ihm zusammen gestalten zu können. Dieser kurze Rückblick auf das Wirken als Rektor kann durchaus Anlaß zur Zufriedenheit sein, denn die Gründung und der Aufbau der Universität waren der Anfang eines erfolgreichen Projektes. Es war ein Prozeß, der eher als schrittweise und manchmal widersprüchliche Entwicklung denn als stringente Planung und deren Umsetzung verlaufen ist. Er war geprägt durch eine Entwicklung, die über den Konflikt zum Konsens führte – oft zum erzwungenen Konsens. Für Rainer Krüger war es eine Mischung aus Erfolgen und Enttäuschungen. Ich bin sicher, daß diese Enttäuschungen

auch mitschwingen, etwa wenn ich daran denke, daß sein eigenes Fach in dieser Universität nicht mehr existiert. Das ist sicherlich besonders bitter. Aber das Rektorat war nur *eine* Phase im Leben Rainer Krügers, es war nicht der Inhalt seines Lebens. Seine Art – sowohl mit diesem Amt umzugehen als auch sein Leben zu führen – war immer geprägt von der Fähigkeit, auch andere Seiten des Lebens nicht zu kurz kommen zu lassen. In diesem Sinne war er ein Lebenskünstler, den ich um diese Fähigkeit manchmal beneidet habe. Ich denke dabei an das Haus in der Toscana oder jetzt das Haus in Mecklenburg-Vorpommern. Möge Rainer Krüger diese Fähigkeit erhalten bleiben, sein Leben weiterhin als Lebenskünstler zu gestalten.

HILKE GÜNTHER-ARNDT

Geschichte der Universität Oldenburg 1974-1999

Die lange Vorgeschichte der Universitätsgründung 1793-1973

Die Gründungsgeschichte der Universität Oldenburg beginnt im 18. Jahrhundert, im Jahre 1793, als Peter Friedrich Ludwig, Herzog von Holstein-Gottorp und seit 1785 regierender Administrator im Herzogtum Oldenburg, die Errichtung eines *Schulmeisterseminariums* genehmigte. Ohne dieses Schulmeisterseminarium gäbe es heute wahrscheinlich keine Universität. Viele deutsche Universitätsgründungen des 20. Jahrhunderts entstanden aus berufsbezogenen Anstalten, Oldenburg bildet da keine Ausnahme; die Universität Münster zum Beispiel, 1902 zur Volluniversität erhoben, erwuchs aus einer Priesterakademie, die Universität Köln entstand 1919 aus der Zusammenlegung der Handelshochschule, der Akademie für Praktische Medizin und der Hochschule für Kommunale und Soziale Verwaltung.

Das Oldenburger Schulmeisterseminarium war eine der typischen Gründungen des späten 18. Jahrhunderts, eine Mischung aus lutherischem Rationalismus und aufgeklärtem Beamtendenken in einer spätabolutistischen Herrschaft mit dem Ziel einer vorsichtigen Modernisierung. Da der „künftige Schulhalter“, heißt es in einer Begründung von 1793, „nicht bloß eine verständiger und zu seinem Geschäfte geschickter sondern auch ein guter Mensch werden und durch sein Exempel Schüler am kräftigsten belehren soll, so müssen die jungen Leute, die sich diesem Stande widmen wollen, auch durch Gottesfurcht und gutes christliches Betragen sich dazu recht vorbereiten“.¹ Im 19. Jahrhundert ent-

wickelte sich das Oldenburger Schulmeisterseminarium Schritt für Schritt zu einer professionellen Stätte der Lehrerbildung. 1807 bezog es an der Wallstraße sein erstes eigenes Gebäude (heute Städtisches Presseamt), 1844/45 folgte ein sehr viel größeres an der Peterstraße (heute Staatshochbauamt). Zumindest im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts löste sich das Lehrerseminar vorsichtig von der geistlichen Schulaufsicht, obwohl es weiter nur evangelische Volksschullehrer ausbildete.

Die Revolution von 1918/19 brachte zwei grundlegende Veränderungen. Zum einen wurden seit 1921 in Oldenburg Lehrer und Lehrerinnen gemeinsam ausgebildet, zum anderen begann der Übergang von der seminaristischen zur akademischen Lehrerbildung. Die akademischen Anfänge vollzogen sich in Oldenburg jedoch äußerst kümmerlich, weil der selbständige Freistaat Oldenburg mit seinen etwa 440.000 Einwohnern für eine voll ausgebaute Pädagogische Akademie einfach zu klein war. Dazu kam ein zweites Hindernis. Oldenburg war ein konfessionell in einen evangelischen Norden und einen katholischen Süden gespaltenes Land mit einer evangelischen Lehrerbildung in der Stadt Oldenburg und einer katholischen Lehrerbildung in der Stadt Vechta. Eine überkonfessionelle Pädagogische Akademie wäre ein Ausweg gewesen, doch das erlaubten die politischen Mehrheitsverhältnisse im Landtag nicht. Um 1930 schien ein Ausbruch aus der durch die Kleinstaatlichkeit und die konfessionelle Teilung verursachten Beschränktheit möglich, als das Land Oldenburg mit Preußen über eine gemeinsame evangelische Pädagogische Akademie verhandelte. 1931 unterzeichneten beide Regierungen sogar einen Staatsvertrag über eine Oldenburgisch-Preußische Akademie mit Sitz in der Stadt Oldenburg für insgesamt 320 Studierende. Die Weltwirtschaftskrise verhinderte die Realisierung dieses Vertrages, weder Preußen noch Oldenburg hatten das Geld für eine Hochschulneugründung. Für die preußische Staatsregierung unter Ministerpräsident Otto Braun (SPD) gab es noch einen zweiten Grund, den Vertrag mit Oldenburg nicht zu erfüllen: Die Neugründung in Oldenburg sollte nicht einer „politisch unerwünscht zusammengesetzten

Regierung“² zugute kommen. Die Befürchtungen der preußischen Staatsregierung waren nur allzu berechtigt gewesen. Die Landtagswahl vom 29. Mai 1932 endete mit einer absoluten nationalsozialistischen Mehrheit im Landtag, der Freistaat Oldenburg war das erste deutsche Land mit einer nationalsozialistischen Alleinregierung.

Obwohl die oldenburgische Nazi-Regierung keinerlei Interesse an der Lehrerbildung entwickelte, sogar meinte, man könne bis 1938 ganz auf die Lehrerbildung verzichten, kam es ausgerechnet 1936 im Zuge reichseinheitlicher Maßnahmen zur Gründung einer *Hochschule für Lehrerbildung* in der Stadt Oldenburg. Die Hochschulen für Lehrerbildung lehnten sich zwar formal und curricular an die Pädagogischen Akademien der Weimarer Zeit an, trotzdem war auch die Oldenburger Hochschule in erster Linie eine nationalsozialistische Hochschule. Vererbungslehre und Rassenkunde gehörten zu den Pflichtfächern, alle Studenten (Studentinnen gab es nicht) waren im NS-Studentenbund erfaßt und einem Studentenführer unterstellt, ebenso die Dozenten einem Dozentenführer. Während der gesamten Studienzzeit trugen die Studenten Uniform, dazu kamen ständige Appelle und häufige Lageraufenthalte. 1941 war damit Schluß. Auf „persönlichen Wunsch“ Hitlers verfügte der Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung am 8. Februar die „Einrichtung von Lehrerbildungsanstalten“,³ also die Abkehr von der akademischen Ausbildung für Volksschullehrerinnen und Volksschullehrer.

Die Hochschule für Lehrerbildung in Oldenburg war damit eine Episode geblieben. Ihre stärksten Spuren hinterließ sie in der Baugeschichte der Universität. 1938 hatte mit der Grundsteinlegung durch den oldenburgischen Reichsstatthalter Röver der Neubau der Hochschule für Lehrerbildung begonnen. Die Stadt Oldenburg stellte dafür ein weitläufiges Gelände an der Ammerländer Heerstraße bereit – so groß, daß dreißig Jahre später der Ausbau der Universität Oldenburg in der Anfangsphase ohne große Planungsgenehmigungen vonstatten gehen konnte. Bis zur

Baueinstellung 1940 wurde allerdings nur ein einziges Gebäude fertiggestellt (heute: Musiktrakt)

1945 war Oldenburg der Ort, an dem die Lehrerbildung in Deutschland zuerst wieder aufgenommen wurde – an der *Pädagogischen Akademie* im alten Seminargebäude an der Peterstraße. Nach dem Aufgehen des Landes Oldenburg in das neu gegründete Land Niedersachsen wurde daraus die *Pädagogische Hochschule Oldenburg*. Das Ende der staatlichen Selbständigkeit Oldenburgs führte zur ersten ernsthaften Forderung nach einer Universität in Oldenburg – am 4. Januar 1947. Sie sollte einerseits die „Morgengabe“ Niedersachsens für Oldenburg sein. Andererseits tauchten erstmals jene Begründungen auf, die ab Ende der fünfziger Jahre für eine Universitätsgründung genannt wurden: 1. die wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung in Nordwestniedersachsen mit universitärer Bildung; 2. die Wirtschaftsförderung in diesem strukturschwachen Gebiet; 3. die Schaffung eines Gegengewichts zur Konzentration der Hochschulen am Südrand Niedersachsens in Göttingen, Braunschweig und Hannover.⁴ Nachträglich erstaunt tatsächlich die Universitätsleere fast des gesamten Nordsee-Küstengebiets bis in die sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts. Die Landwirtschaft, Handel und Schifffahrt treibende Bevölkerung hielt Universitäten wohl für überflüssig, selbst in den reichen Hansestädten. Hamburg eröffnete seine Universität erst 1919. Mit dem rasch fortschreitenden Wandel der Wirtschafts- und Sozialstruktur nach 1950 sowie der Verwissenschaftlichung vieler Lebensbereiche wurde jedoch eine quantitative Vermehrung der Universitäten immer dringender.

Am 23. Februar 1959 forderte der Rat der Stadt Oldenburg erstmals ganz offiziell eine Universität für Oldenburg, und seitdem blieb diese Forderung auf der Tagesordnung. Allerdings schwächten sich die Oldenburger unklugerweise gegenseitig und machten es der Landesregierung in Hannover und den alten Universitäten in Südostniedersachsen leicht, diese Forderung zehn Jahre lang abzuwehren. In Oldenburg existierten zwei Konzep-

tionen für die Gründung einer Universität. Das im „Förderkreis einer Universität in Oldenburg“ organisierte konservative Bürgertum strebte eine traditionelle Volluniversität mit Standorten in Oldenburg und Wilhelmshaven an. Eine Integration der Lehrerbildung und damit der Pädagogischen Hochschule Oldenburg wurde definitiv ausgeschlossen. Der zweite Kreis setzte sich aus Professoren eben dieser Pädagogischen Hochschule sowie Vertretern der örtlichen SPD zusammen und verfolgte ein Konzept, nach dem aus der Lehrerbildung heraus eine Volluniversität mit Sozial-, Geistes- und Naturwissenschaften, Jura, Bau- und Vermessungswesen, Maschinenbau und Schiffbau, Elektrotechnik und Medizin entwickelt werden sollte. Dieses Konzept setzte sich schließlich durch, weil eine bereits 1963 berufene Sachverständigenkommission unter dem Vorsitz von Hans Leusink 1969 die Gründung einer Universität mit erziehungswissenschaftlichem Schwerpunkt in Nordwestniedersachsen empfahl. In einer Phase des Bildungsaufbruchs und großen Lehrermangels war das sicher eine richtige Empfehlung und fand auch den Beifall von Wählern, deren Kinder oder Enkel in Klassen mit oft mehr als 40 Schülern saßen. Am 6. Dezember 1969 beschloß die niedersächsische Landesregierung, in Oldenburg und in Osnabrück eine Universität zu errichten, im Wintersemester 1971/72 sollte der Studienbetrieb beginnen.

So wichtig und zukunftsweisend dieser Beschluß auch war, er wies einige Mängel auf. Mit der Gründung zweier Universitäten löste die Landesregierung zwar die politisch schwierige Standortfrage, indem sie beide Konkurrenten befriedigte. Aber die Finanzkraft Niedersachsens reichte im Grunde nur für eine Universitätsneugründung. Dazu mußte die katholische Pädagogische Hochschule Vechta, deren Existenz durch ein Konkordat gesichert war, finanziert werden. Deshalb beschnitten Landesregierung und Landtag von Beginn an die Fächerentwicklung der neuen Universitäten. Der in Oldenburg geplante Aufbau eines rechtswissenschaftlichen Fachbereichs wurde mehrmals abgelehnt, ebenso die Ausbildung von Medizinern oder Ingenieuren.

ren. Für den „Förderkreis“ war das erneut ein Grund, sich nicht für die neue Universität zu engagieren.

Den Aufbau der Universität übertrug die Landesregierung am 1. März 1971 einem *Gründungs Ausschuß*, der zunächst drittelparitätisch mit fünf Professoren, fünf wissenschaftlichen Mitarbeitern und fünf Studenten besetzt war, die etwa zu gleichen Anteilen aus Oldenburg und von anderen Universitäten stammten.⁵ Der Gründungserlaß gestand diesem Gremium eine heute fast unvorstellbare Hochschulautonomie zu, die Wissenschaftsbürokratie hatte praktisch keinen Zugriff, über die Hochschulentwicklung konnte selbst die Landesregierung nur *mit* Zustimmung des Gründungsausschusses entscheiden. Der Gründungsausschuß, der seine Arbeit bis auf Lehrentlastungen für den dreiköpfigen Vorstand (in der Hauptphase: Hans Peter Riesche, Rainer Krüger, Rüdiger Meyenberg) ehrenamtlich wahrnahm, hat dieses Vertrauen in die Hochschulautonomie gerechtfertigt. Die Universität Oldenburg nahm nach drei Jahren den Lehrbetrieb auf – und das trotz immenser Schwierigkeiten, vor allem aus drei Gründen:

Die Entscheidung für eine „Reformuniversität“ mit einer Betonung des interdisziplinären Lehrens und Forschens in Projekten und mit starken Mitwirkungsrechten für alle Statusgruppen in der Universität rief Irritationen in der Öffentlichkeit hervor und vergrößerte die Distanz zwischen dem „linken“ Gründungsausschuß und dem konservativen „Förderkreis der Universität“. Diese Entfremdung zwischen Universität und Region löste sich im Grunde erst in den achtziger Jahren auf.

Die Landesregierung stattete den Gründungsausschuß zwar mit großer Autonomie, aber nur wenig Geld aus. Darunter litt die professionelle Planung der Universität.

Im Dezember 1971 beschloß die Landesregierung wegen der leeren Haushaltskassen, die Baumaßnahmen für die neuen Universitäten sowie die Bereitstellung von Personal- und Sachmitteln

um ein Jahr zu verschieben. Im Protest dagegen vereinten sich diesmal regionale Öffentlichkeit und Gründungsausschuß. Die *Kundgebung für eine Reformuniversität Oldenburg* brachte mehr als 3.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf die Beine, das waren viel mehr, als Oldenburg damals an Studierenden und Lehrenden zählte.

Aus der Gefahr eines frühzeitigen Endes – das war zumindest die Wahrnehmung des Gründungsausschusses, der ersten sieben berufenen Professoren und ihrer Kollegen von der Pädagogischen Hochschule – rettete die geplante Oldenburger Universität die Lehrerbildung. Im April 1972 hatte der Gründungsausschuß das Konzept einer *einphasigen integrierten Lehrerausbildung* beschlossen, nach dem die Lehrer aller Schulformen zusammen nach Schulstufen ausgebildet und Studium und staatlicher Vorbereitungsdienst verschmolzen werden sollten. Das niedersächsische Kultusministerium machte sich dieses Konzept teilweise zu eigen und beantragte beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft einen Modellversuch für eine *einphasige Lehrerbildung* (ELAB), der praktisch umgehend genehmigt wurde. Die Idee für eine reformierte Lehrerausbildung lag um diese Zeit gleichsam in der Luft. Die Mittel für den Modellversuch, allein für 1973-1975 mehr als drei Millionen DM, retteten der Universität Oldenburg erst einmal das Leben. Die Landesregierung, in welcher der inzwischen an der Pädagogischen Hochschule Oldenburg lehrende Geschichtsdidaktiker Joist Grolle das Amt eines Staatssekretärs für Hochschulfragen übernommen hatte, zog nach und genehmigte für die Haushaltsjahre 1973 und 1974 zusammen mehr als 200 Stellen. Gleichzeitig wurde der Bau eines *Allgemeinen Aufbau- und Verfügungszentrums* (heute Bauteile A1 – A4) für die Universität am Uhlhornsweg beschlossen (fertiggestellt 1975). Räumlich und personell waren damit die Voraussetzungen für die Universitätsgründung erfüllt.

Trotz aller äußeren Schwierigkeiten und internen Querelen arbeiteten der Gründungsausschuß und seine Kommissionen 1972/73 sehr effizient. In kürzester Zeit gelang es, die Rahmenbedin-

gungen für den Studienbeginn an der Universität Oldenburg zu schaffen:

- die Entscheidung für die ersten Studiengänge: die Lehrämter an Grund- und Hauptschulen, Realschulen, Sonderschulen, Gymnasien und Berufsschulen. Oldenburg war damit die einzige Universität in Niedersachsen – und ist es bis heute – mit der vollen Breite der Lehrerbildung; Diplom-Studiengänge in Sozialwissenschaften, Ökonomie, Pädagogik, Raumplanung, Mathematik, Chemie, Biologie und Physik sowie
- die Schaffung der personellen Voraussetzungen für die Aufnahme des Lehrbetriebs durch die Vorlage von Berufungsvorschlägen für die wichtigsten Professuren (insgesamt zogen sich die Berufungen bis in die Jahre 1976/77 hin), die Besetzung von Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter sowie das technische und Verwaltungspersonal einschließlich des ersten Kanzlers der Universität, Jürgen Lüthje.

Die Landesregierung legte Anfang 1973 einen Gesetzentwurf zur Gründung der Universitäten Oldenburg und Osnabrück vor, der nach etlichen Auseinandersetzungen vom Landtag am 26. November 1973 verabschiedet wurde und als *Errichtungsgesetz* am 5. Dezember 1973 in Kraft trat.

Rechtlich existierte damit die Universität Oldenburg, und sie hatte auch schon 2.355 Studierende und 218 Lehrende. Den Grundstock für die Universität bildete nämlich sowohl in Oldenburg wie in Osnabrück die Pädagogische Hochschule. Der Mathematikdidaktiker Wolfgang Sprockhoff wurde zum ersten Übergangsrektor gewählt. Im Sommersemester 1974 begann dann der reguläre Lehrbetrieb der Universität mit der Immatrikulation der Studierenden für die neuen Diplom- und Lehramtsstudiengänge. Ende des Jahres 1974 hatte die Universität 2.989 Studierende in vier Fachbereichen: Erziehung und Sozialisation (Fachbereich I); Kommunikation und Ästhetik (Fachbereich II); Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (Fachbereich III); Mathematik und Naturwissenschaften (Fachbereich IV).

Die Namensgebung

Am 7. Februar 1974 hatte der Kultusminister die Grundordnung der Universität genehmigt. Dies wäre in einem Rückblick auf 25 Jahre Universitätsgeschichte kein besonders bedeutsames Ereignis, wenn mit der Grundordnung nicht der Name der Universität verbunden wäre. Der Kultusminister stimmte dem Entwurf der Universität *ohne* dem vom Gründungsausschuß in § 1 gewünschten Namen „Carl von Ossietzky Universität Oldenburg“ zu. Damit begann ein Konflikt, der erst am 3. Oktober 1991 mit dem Festakt zur Namensgebung nach dem Publizisten und Friedensnobelpreisträger Carl von Ossietzky (1889-1938) endete. Die spektakulären Konflikthöhepunkte fielen in die Jahre 1974/75. Im Oktober 1974 brachten Studierende in einer nächtlichen Aktion am blauen Turm des Aufbau- und Verfügungszentrums den Namen „Carl von Ossietzky Universität Oldenburg“ an. Das hatte wütende Proteste der Oldenburger Bürgervereine und der CDU-Landtagstagsfraktion zur Folge. Nach dem Scheitern eines Kompromißvorschlages der SPD/FDP-Landesregierung in der FDP-Fraktion ließ Wissenschaftsminister Grolle am 27. Juni 1975 den Schriftzug unter Polizeischutz entfernen. Vier Tage später brachten ihn die Studierenden wieder an.

Im Gründungsausschuß war die Namensgebung nicht unumstritten gewesen, das hing aber weniger mit der Person Ossietzkys zusammen. Der Herausgeber der „Weltbühne“, der Kritiker und Pazifist, von einer politisch einäugigen Justiz bereits 1931 wegen einer Veröffentlichung über die verbotene Aufrüstung der Reichswehr mit einer Gefängnisstrafe belegt, war von den Nazis im Lager Esterwegen in der Nähe Oldenburgs interniert worden. Die Erinnerung an diesen Mann entsprach durchaus der Idee einer demokratischen Reformuniversität. Daß sich daraus dennoch ein fast unentwirrbares Konfliktnäuel entwickelte, hatte mehrere Gründe. Zum einen war Ossietzky nicht nur ein Opfer der Nazis, sondern in gewisser Weise nach dem Zweiten Weltkrieg auch der DDR, die den Ossietzky-Nachlaß monopolisierte

und nur ihr genehme Schriften zur Veröffentlichung freigab. Die in den ersten Phase überwiegend von DKP-Mitgliedern getragene Kampagne für den Namen Carl von Ossietzky Universität Oldenburg war dann auch vor allem der politisch durchsichtige Versuch, ein „Volksfrontbündnis“ zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten herbeizuführen. Zum anderen verkannte die Universität anfänglich die Widerstände in der Bevölkerung. In einer Umfrage der Lokalzeitung votierten zwei Drittel der Befragten für den Namen „Universität Oldenburg“. Die Verbindung mit dem Ortsnamen schuf offensichtlich eine starke Identifikation und das Versäumnis der Universität lag insbesondere darin, daß sie in dieser ersten Phase wenig politische Aufklärungsarbeit und praktisch keine Forschungen zu Ossietzky betrieb. Schließlich verfestigte sich der Streit bei der Landesregierung in Hannover zu einer Grundsatzfrage. Die bis 1976 regierende SPD/FDP-Landesregierung verweigerte den Namen aus koalitionspolitischen Gründen. Die ihr folgende CDU-Landesregierung eskalierte den Konflikt, indem sie die Namensgebung zum Anlaß nahm, das Weisungsrecht des Staates gegenüber den Universitäten zu demonstrieren. Auch dies war eine politische Instrumentalisierung der Person Ossietzkys.

Angesichts der Schwierigkeiten verfolgte die Universität spätestens seit 1978 eine Doppelstrategie. Einerseits beharrte sie auf ihrem Recht, sich „Carl von Ossietzky Universität Oldenburg“ zu nennen. Andererseits betrieb sie eine offensive Aufklärungspolitik. 1978 führte sie die „Ossietzky-Tage“ ein, an denen prominente Referenten zu Grundfragen der Politik und Gesellschaft sprachen. Eine Initiative sammelte Geld für ein Carl von Ossietzky-Mahnmal, das an der Ammerländer Heerstraße aufgestellt wurde. 1979 übergab Rosalinde von Ossietzky-Palm der Universität den Nachlaß ihres Vaters, 1981 folgte die Gründung einer Carl von Ossietzky-Forschungsstelle. Das sichtbarste Zeichen dieser Aktivitäten sind das von der Universität mitinitiierte Dokumentations- und Informationszentrum in Papenburg und die achtbändige kommentierte „Oldenburger Ausgabe“ sämtlicher Schriften Carl von Ossietzkys (fertiggestellt 1994). Diese

editorische Leistung begünstigten drei Faktoren: die Ausdauer und die Sorgfalt einer interdisziplinären Forschungsgruppe, die Finanzierung durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (1988-1994) – und das Ende der DDR 1990, das einen unzensurierten Blick auf Ossietzky ermöglichte.

Die neue Strategie verschaffte der Universität nicht nur internationale Aufmerksamkeit, sie beeindruckte auch die Oldenburger Bevölkerung und Politik. In einer repräsentativen Umfrage Anfang 1980 äußerten sich mehr als 70 Prozent der Befragten positiv über die Universität. Als Namen bevorzugte zwar etwa die Hälfte immer noch „Universität Oldenburg“, doch 35 Prozent stimmten zu diesem Zeitpunkt schon der Bezeichnung „Carl von Ossietzky Universität Oldenburg“ zu.⁶ Zur Entspannung trugen überdies zwei Entscheidungen der Stadt bei. Seit 1981 verleiht sie den *Carl von Ossietzky-Preis* für herausragende wissenschaftliche Werke zur Person Ossietzkys oder zur Zeitgeschichte. Und sie gab der Straße, an der die Neubauten für die Naturwissenschaften 1984 fertiggestellt wurden, den Namen *Carl von Ossietzky-Straße*. Das Ende des Konflikts kündigte sich 1990 nach dem Wahlsieg der SPD und der „Grünen“ ab. Die neue Koalition verzichtete in einer Novellierung des Hochschulgesetzes mit Zustimmung der CDU auf die staatliche Prärogative und überführte das Recht der Namensgebung in die Hochschulautonomie. Die Universität Oldenburg nutzte dieses Recht sofort und trägt seit 1991 ganz offiziell den Namen „Carl von Ossietzky Universität Oldenburg“.

„Leistungsindikatoren“:

Das quantitative Wachstum 1974-1998

Leistungsindikator ist ein Schlüsselwort der aktuellen Hochschulpolitik in Deutschland. Gemeint ist damit, daß alle Hochschulen einer Überprüfung ihrer Leistungen nach vergleichbaren Kriterien unterzogen werden und die staatlichen Zuwendungen sich am Leistungsrang einer Hochschule orientieren. Wendet man

solche Kriterien rückwirkend auf die Entwicklung der Universität Oldenburg an, ergibt sich eine „Erfolgsgeschichte“. Dieser Erfolg ist umso höher zu bewerten, als es keine Universitätsneugründung in Deutschland gab, die so wie die Oldenburger unter staatlichen Planungs(ab)brüchen zu leiden hatte. Das begann mit ständig wechselnden Ausbautzahlen in den siebziger Jahren und setzte sich bis in die Gegenwart fort, etwa beim genehmigten und dann doch nicht realisierten Studiengang Elektrotechnik.

Die Zahl der Studierenden stieg in fünfundzwanzig Jahren um mehr als das Vierfache (1974: 2989 – 1984: 7.701 – 1998: 12.115), die der Stellen für das wissenschaftliche Personal in Lehre und Forschung um etwa 80 Prozent (1974: 272 – 1984: 407 – 1998: 485). Das stärkste Wachstum verzeichnete der Sektor Dienstleistungen und Verwaltung (1974: 148 – 1984: 571 – 1998: 664). Darin sind die Stellen z.B. für die Bibliothek oder das Hochschulrechenzentrum enthalten, die für Forschung und Lehre unentbehrlich sind. Die Zahl der an der Universität Beschäftigten ist freilich sehr viel höher als die statistisch genaue Angabe der Stellenäquivalente. Sie betrug 1998 unter Berücksichtigung der Teilzeitbeschäftigten und der Angestellten in Drittmittelpunkten 1.788 Personen, dazu kamen 524 studentische Hilfskräfte. Die Universität ist damit in der Stadt Oldenburg der größte Arbeitgeber. Zusammengenommen stellen Studierende und Beschäftigte inzwischen die größte Wirtschaftskraft in der Region dar.⁷

Ein wichtiger Leistungsindikator ist darüber hinaus die Zahl der Prüfungen. Von 1988 bis 1997 – um nur die letzten zehn Jahre zu nehmen – schlossen insgesamt 7.995 Studierende ihr Studium mit dem Examen ab (5.194 Diplom- und Magisterstudiengänge; 2.801 Lehramtsstudiengänge), das waren durchschnittlich 800 Absolventen pro Jahr. Die Zahl der Promotionen stieg von 16 im Jahre 1982 auf 105 im Jahre 1997, für die Hochschullehrerlaufbahn qualifizierten sich in den letzten zehn Jahren durchschnittlich zwölf wissenschaftliche Nachwuchskräfte im Jahr

durch Habilitation. Die Menge der eingeworbenen Dritt- und Sondermittel vergrößerte sich kontinuierlich: 1977 1,1 Mio DM – 1987 12,6 Mio DM – 1997 22,6 Mio DM.

Von der Ammerländer Heerstraße bis Wechloy: Die Hochschulbauten

Für jeden Besucher sichtbar wird das Wachstum der Universität an ihren Gebäuden. 1974 übernahm sie die Gebäude der Pädagogischen Hochschule an der Ammerländer Heerstraße (erbaut 1938-1965), die mit ihren roten Klinkern, dem Atriumstil und den Grünflächen zwischen den Gebäudeteilen noch heute einen städtebaulichen Anziehungspunkt bilden. Auf dem hinteren Teil des PH-Geländes entstanden die ersten Gebäude für die Universität: das Verfügungsgebäude (1971; heute: A6) und das Allgemeine Aufbau- und Verfügungszentrum (1975; heute: A1 – A4).

Die erste Hälfte der achtziger Jahre ist die eigentliche Bauphase der Universität. 1982 wurde gegenüber dem Allgemeinen Aufbau- und Verfügungszentrum am Uhlhornsweg und mit diesem durch eine Brücke verbunden der *Zentralbereich* mit Bibliothek, Mensa und Sportgebäuden fertiggestellt. Acht Jahre nach ihrer Gründung verfügte die Universität damit endlich über einen „Mittelpunkt“ für das studentische und akademische Leben.

Im gleichen Jahr entstand mit dem Energielabor das erste Gebäude am Universitätsstandort Wechloy für die Naturwissenschaften. Zwischen den beiden Standorten Uhlhornsweg und Wechloy liegen etwa 1000 Meter Luftlinie oder zehn Minuten Fahrradfahrt durch ein Naturschutzgebiet. Die Übernahme des Zentrums für die Naturwissenschaften und die Mathematik erfolgte 1984, die der Sportanlagen in Wechloy 1985. Das lange Warten hatte sich mindestens in einer Hinsicht gelohnt: Die ringförmig in die Landschaft eingefügten Gebäude mit ihren großzügigen Verglasungen hoben sich außerordentlich positiv von

den reinen Funktionsbauten für die Universitäten der siebziger Jahre ab. In gewisser Weise wurde in Wechloy durch die Architektur das Ideal der Campus-Universität verwirklicht. Noch im Jahr seiner Fertigstellung zeichnete der Bund Deutscher Architekten (BDA) den Neubau für die Naturwissenschaften mit dem „Preis Niedersachsen“ aus. Die 1994 in Betrieb genommenen Gebäude für das „Institut für Chemie und Biologie des Meeres“ (ICBM) in Wechloy und der Meeresstation „Terramare“ in Wilhelmshaven (Schleusenstraße) setzten – wenn auch mit anderen Akzenten – diese architektonische Tradition fort.

Den immer noch bestehenden Mangel an Hörsälen und Seminarräumen für die Sozial-, Wirtschafts- und Kulturwissenschaften linderte das 1998 eingeweihte Hörsaalzentrum am Uhlhornsweg. Das große, lichtdurchflutete Gebäude kann gleichzeitig als Kultur- und Tagungszentrum genutzt. Das Auditorium Maximum bietet rund 1.000 Personen Platz und alle technischen Voraussetzungen für Konzerte, Theateraufführungen und Kongresse. Insgesamt – und das führt zur wirtschaftlichen Bedeutung der Universität für die Region zurück – kosteten in den Jahren 1974-1998 die großen Baumaßnahmen der Universität 422,5 Mio DM.⁸

Der Strukturwandel der Universität von der Gründung bis zur Gegenwart

Das quantitative Wachstum und die Bauten spiegeln gleichsam den Strukturwandel der Universität in den letzten 25 Jahren. Neben dem traditionsreichen Schwerpunkt Lehrerbildung entwickelten sich andere Schwerpunkte. Als besonders folgenreiches Ereignis erwies sich die Begehung (heute würde man vielleicht Evaluation sagen) der Universität durch den Wissenschaftsrat im Jahre 1975. Dieser empfahl 1976 den Ausbau zu einer Universität mit naturwissenschaftlichem Schwerpunkt. Sowohl die Universität wie die Landesregierung machten sich diese Empfehlung zu eigen. Zwar änderten sich die Vorgaben der Landes-

regierung für den Ausbau der Naturwissenschaften mehrmals, aber alle Beteiligten in der Universitätsleitung (1974-1979 Rektor Prof. Dr. Rainer Krüger, 1979-80 als Beauftragter für die Aufgaben des Präsidentenamtes Prof. Dr. Hans Dietrich Raapke, 1980-1986 Präsident Dr. Horst Zilleßen, 1986-1998 Präsident Prof. Dr. Michael Daxner; seit 1998 Prof. Dr. Siegfried Grubitzsch sowie Dr. Jürgen Lüthje als Kanzler von 1974 bis 1991) verfolgten diese Idee beharrlich.

Den forcierten Ausbau der Naturwissenschaften begleiteten und ergänzten andere Veränderungen:

- neue Studiengänge und Fächer (1977 Diplom-Psychologie, 1982 Niederlandistik, 1984 Interkulturelle Pädagogik und Einrichtung von Magisterstudiengängen, 1985 Informatik und Betriebswirtschaft, 1995 Jüdische Studien und Philosophie, 1997 Frauen- und Geschlechterstudien sowie Kulturwissenschaftliche Geschlechterforschung);
- die Einführung von Instituten und Seminaren als Organen der akademischen Selbstverwaltung und zur Verbesserung von Lehre und Forschung im Jahre 1984;
- die Einrichtung des Graduiertenkollegs „Psychoakustik“ (1992) und des Sonderforschungsbereichs „Neurokognition“ (1996 in Kooperation mit der Universität Bremen) durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG);
- die Internationalisierung von Forschung und Lehre: 1998 bestanden Kooperationsbeziehungen mit über 100 Universitäten in Europa, Afrika, Amerika und Asien. Besonders eng und teilweise durch „Partnerschaftsverträge“ privilegiert sind die Beziehungen mit der Rijksuniversität Groningen (1980) und der Nikolaus-Kopernikus-Universität Tórun (1983), der Staatlichen Universität Novosibirsk und der Towson University Maryland. Neben dem akademisch üblichen Austausch von Lehrenden und Studierenden gibt es inzwischen mehrere internationale Studiengänge: das deutsch-französische Doppel-Diplom für Wirtschaftswissenschaften, den Studiengang *Niederlande-Studien* in Zusammenarbeit mit der Universität

Groningen sowie seit 1998 die englischsprachigen Master-Studiengänge *Engineering Physics* und *Produkttechnologie* (Chemie).

In den neunziger Jahren reagierte die junge Universität Oldenburg schneller als viele Traditionsuniversitäten auf die Veränderungen des deutschen Hochschulsystems. Als *Evaluation* für die meisten noch ein unverständliches Fremdwort war oder als neu-modische Erfindung von Wissenschaftsmanagern galt, fanden in Oldenburg bereits Evaluationen statt. Seit 1994 war die Universität Mitglied im „Verbund norddeutscher Hochschulen“ (Bremen, Hamburg, Kiel, Oldenburg, Rostock), der ab 1995 jährlich in zwei Fächern eine staatsunabhängige Evaluation durchführte.⁹ Dabei profitierte der „Nordverbund“ von den Erfahrungen des sechsten Partners, der Universität Groningen. An niederländischen Universitäten gehören Evaluationen seit den achtziger Jahren zum akademischen Alltag. Das Besondere der staatsunabhängigen Evaluation war eine zweitägige Klausurtagung von Evaluierten und Gutachtern, die im Erfahrungsvergleich und -austausch Anregungen zur Verbesserung der Lehre bot. Als erste Fächer nahmen 1995 die Fächer Biologie und Germanistik an der Evaluation teil. Seit der Gründung der Zentralen Evaluationsagentur Niedersachsen nimmt die Universität auch an deren Evaluationen teil.

Die zweite große innere Reform der neunziger Jahre war die Einführung des Modellversuchs „Globalhaushalt“ des Landes Niedersachsen. Die Universität arbeitet seitdem nicht mehr wie eine staatliche Anstalt mit der kameralistischen, sondern betriebswirtschaftlich mit der doppelten Buchführung. Die Mittel für ein Haushaltsjahr werden der Universität vom Land global zugewiesen, über die Verwendung kann die Universität mit Ausnahme der Mittel über die Personalstellen im engeren Sinne autonom entscheiden. Das bedeutet nicht mehr Geld, aber eine größere Flexibilität bei der Bewirtschaftung von Mitteln oder der Erzielung eigener Einnahmen. Die Veränderungen durch den Globalhaushalt wirkten sich bis in die kleinsten Lehreinheiten aus, weil

zum einen allein die programmtechnische Umstellung von vielen Neuheiten und mancherlei „Abstürzen“ begleitet war, zum anderen jedes Institut „mittelbewirtschaftende Einheit“ ist und alle Lehrenden zu „Kostenstellen“ wurden. Beides traf in der Anfangsphase auf mentale Barrieren. Inzwischen kann man kaum noch von einem Modellversuch sprechen; die Wissenschaftsminister gehen überall sehr schnell zur Einführung von Globalhaushalten über. Oldenburg hat dann den anderen Universitäten bereits seine Erfahrungen voraus bzw. hat für die anderen viele Erfahrungen gemacht.

Die dritte Veränderung ist das Bemühen der Universitäten Oldenburg und Bremen, Lehre und Forschung zu verzahnen, um die Attraktivität und Leistung beider Universitäten zu verbessern. Längst hat sich die Überzeugung durchgesetzt, daß die alte deutsche „Volluniversität“ bei all ihren Vorzügen und Verdiensten zu schwerfällig auf gesellschaftliche Veränderungen reagiert oder ökonomisch nutzlose Leistungen vorhält. Kooperationen von benachbarten Universitäten mit unterschiedlichen Profilen sind dazu die Alternative. Als erstes Ergebnis der Zusammenarbeit mit Bremen entstand ab 1995 das Hanse-Wissenschaftskolleg (Eröffnung 1998) als Stiftung des privaten Rechts der Länder Niedersachsen und Bremen in Delmenhorst. Im Kolleg leben für drei bis zehn Monate 25 Fellows aus der ganzen Welt zusammen und beteiligen sich an Forschungen, teilweise auch der Lehre in Oldenburg und Bremen. Das Hanse-Wissenschaftskolleg war in gewisser Hinsicht der Ideengeber für eine weitergehende Zusammenarbeit. Anknüpfungspunkte gibt es viele, etwa die Meeres- und Klimaforschung oder die Stadtsoziologie. Für die Kooperation der beiden Universitäten hat der Staatsvertrag zwischen Niedersachsen und Bremen vom 3. Juli 1998 die rechtliche Grundlage geschaffen, erste Ansätze einer auf Lehre bezogenen Zusammenarbeit gibt es bereits, etwa für den Fremdsprachenunterricht. Bis zu einer sinnvollen Kooperation, d.h. einer, bei der die beteiligten Partner vom jeweils anderen nicht nur „Löcher stopfen“ lassen, sondern ohne Konkurrenzdruck die

Profile beider Universitäten aufeinander abgestimmt werden, ist es allerdings noch ein langer Weg.

Die geduldigste Minderheit: Frauen an der Universität Oldenburg

Zu den basalen Veränderungen der letzten dreißig Jahre in den westlichen Gesellschaften zählen die veränderten Auffassungen über die Geschlechterrollen. Die Universitäten sind davon nur am Rande erfaßt worden. Oldenburg bildet hier keine Ausnahme. Die „Festschrift“ zum 10-jährigen Bestehen der Universität Oldenburg 1984 enthält z.B. keinen Artikel über Frauen und Frauenforschung.¹⁰

Der Anteil der Studentinnen lag über 25 Jahre hinweg relativ gleichmäßig knapp unter 50 Prozent (1974: 48,8 %, 1984: 48,9 %, 1991: 48,2 %, 1998: 49,8 %). Von einer Veränderung kann hier kaum gesprochen werden. Der weibliche Personalanteil ist im Vergleich mit dem statistischen Durchschnitt Niedersachsens oder der Bundesrepublik mit Ausnahme der C3-Professuren unterdurchschnittlich.

Bewegung brachten in die Frauenpolitik an der Universität Oldenburg zuerst die Studentinnen, die seit 1978 Lehrprojekte zu Frauenproblemen anstießen. 1986 begann eine zweite Phase in der Vertretung von Fraueninteressen. Wissenschaftlerinnen und nichtwissenschaftliche Mitarbeiterinnen gründeten den „Arbeitskreis Frauenpolitik“ und mit Prof. Dr. Ilse Dröge-Modelmog wählte das Konzil die erste Vizepräsidentin. Die Thematisierung der Geschlechterperspektive in Forschungsprojekten und in der Lehre einerseits sowie die organisierte Interessenvertretung von Frauen in den Gremien der Universität bilden seitdem die Schwerpunkte der Frauenpolitik. Aus Lehrprojekten wie „Frauen forschen“ (seit Sommersemester 1986) und Frauenstudienwochen zur Frauen- und Geschlechterforschung, z.B. 1993 und 1996, entwickelte sich Schritt für Schritt das Konzept für den

1997 errichteten Magisterstudiengang „Frauen- und Geschlechterforschung“. Im gleichen Jahr konnten sich erstmals Studierende für den Aufbaustudiengang „Kulturwissenschaftliche Geschlechterstudien“ immatrikulieren.

Bei der Verabschiedung von Frauenförderrichtlinien und der Einrichtung von Gleichstellungsstellen war Oldenburg der Gesamtentwicklung um etwa ein halbes Jahr voraus. Die erste Frauenförderrichtlinie verabschiedete der Senat im Dezember 1986, im Mai 1987 folgte der Beschluß für eine Gleichstellungsstelle, der 1991 erstmals zwei feste Stellen (eine Juristin, eine Verwaltungsangestellte) zugewiesen wurden. Das Amt der Frauenbeauftragten teilten sich für Jahre eine Wissenschaftlerin, eine Studentin und eine nichtwissenschaftliche Mitarbeiterin, bis 1997 für vier Jahre die erste hauptamtliche Frauenbeauftragte ihr Amt antrat.

Verfolgt man die Arbeit der Gleichstellungsstelle in den letzten zehn Jahren, lassen sich drei große Schwerpunkte identifizieren: Den Studentinnen hilft die Gleichstellungsstelle einerseits durch Kurse, die gezielt z.B. die Rhetorik oder Bewerbungsstrategien von Hochschulabsolventinnen verbessern sollen, andererseits durch Aktionen wie „Studieren mit Kind – kinderleicht?“. Bei den Wissenschaftlerinnen steht die Mitwirkung bei Berufungsverfahren eindeutig an erster Stelle. In den letzten Jahren hat es dabei mehr als einen Konflikt gegeben. Ob die im Januar 1998 verabschiedete präzisierende Frauenförderrichtlinie solche Konflikte in Zukunft vermeiden kann, sei dahingestellt, auch wenn darin das Ziel formuliert wird, „die bestehende Unterrepräsentanz von Frauen abzubauen und Frauen aktiv zu fördern“.¹²

Lehre und Forschung an der Universität Oldenburg

a) Lehrerbildung

Die ersten Jahre der Universitätsgeschichte bestimmte die Lehrerbildung. 1980 betrug der Anteil der Lehramtsstudierenden noch etwa 60 Prozent. Ihr Studium ist untrennbar mit dem Kürzel ELAB (Einphasige Lehrerausbildung) verbunden. Dieser Modellversuch ist bis heute der weitestgehende Versuch, die Professionalisierung für den Lehrberuf *einer* Institution, nämlich der Universität, zu übertragen und damit die traditionelle Trennung der akademischen Staatsberufe in Universitätsstudium und staatlichen Vorbereitungsdienst zu überwinden. Das Studium umfaßte Fachwissenschaften, Fachdidaktiken, pädagogische, psychologische und sozialwissenschaftliche Anteile sowie berufspraktische Phasen. Ihre Integration erfolgte in mindestens drei Projekten. Die Regelstudienzeit betrug für die Lehrämter Primarstufe und Sekundarstufe I neun, für alle anderen Lehrämter elf Semester.

Das Studium in der ELAB gliederte sich in drei Studienabschnitte. Im dreisemestrigen 1. Studienabschnitt lag das Schwergewicht in den erziehungs- und sozialwissenschaftlichen Fächern, während dieser Zeit absolvierten die Studierenden zwei vierwöchige Erkundungsvorhaben an Schulen. Im 2. Studienabschnitt dominierte die fachwissenschaftliche und fachdidaktische Ausbildung in den beiden Unterrichtsfächern, für jedes Fach wurde ein sechswöchiges Unterrichtsvorhaben durchgeführt. Für die Studierenden mit dem Schwerpunkt Sekundarstufe II, Handelslehramt oder Sonderpädagogik schloß sich daran eine zweisemestrige Vertiefungsphase an. Der 3. Studienabschnitt begann mit einem unterrichtspraktischen Halbjahr. Die Studierenden waren dann ganz in der Schule, unterrichteten eigenverantwortlich und wurden dabei von einer Kontaktlehrerin bzw. einem Kontaktlehrer sowie einer Lehrperson der Universität betreut. Am Ende dieses Halbjahrs stand die unterrichtspraktische Prüfung in zwei Fächern. Danach traten die Studierenden in die Prüfungsphase an der Universität mit Examensarbeiten, Klausuren und mündlichen Prüfungen ein. Ihr Zeugnis wies am Ende die volle Lehrbefähigung für das Schulamt aus.

Die Integration von universitärer und berufsvorbereitender Ausbildung war die eine Besonderheit der ELAB, die großflächige Organisation des Studiums in Projekten die andere. Die Projekte sollten gesellschaftliche und unterrichtliche Themen aufnehmen, sie interdisziplinär bearbeiten und in den Unterrichtsvorhaben praktisch umsetzen. Die Spannbreite der Themen mögen einige Projekttitel kennzeichnen: „Wie kann Sportunterricht überdauerndes Interesse am Freizeitsport schaffen?“; „Erfahrung und soziale Phantasie im Fremdsprachenunterricht“; „Sozialer und politischer Wandel in Oldenburg/Ostfriesland“; „Lebensraum Haareniederung“; „Sinnliche Wahrnehmung – Körpererfahrung – zu verändernde (schulische) Praxis“.

Wegen ihres zweifachen Reformansatzes war die ELAB von Beginn an umstritten. Gefährdet war sie je länger desto mehr aus drei Gründen. Zum einen fiel der Beginn des Modellversuchs mit dem Ende des Weltwirtschaftswachstums, das seinen allen sichtbaren Ausdruck in der „Ölkrise“ fand, zusammen. Reformen wurden von nun an verstärkt unter dem Gesichtspunkt der Finanzierbarkeit betrachtet. Zum anderen kündigte sich 1974 bereits das Ende des Bildungsbooms an. Am Anfang der siebziger Jahre bestand ein riesiger Lehrermangel, an ihrem Ende eine zunehmende Lehrerarbeitslosigkeit. Das minderte die politische Bereitschaft, in Reformen zu investieren, es hatte aber auch Auswirkungen auf die Motivation von Studierenden und Lehrenden in der ELAB. Schließlich geriet die ELAB aus politischen Gründen unter Druck. Vor allem die Standesorganisation der Gymnasiallehrer, der Philologenverband, bekämpfte den Modellversuch, weil man darin den Beginn viel weitergehender Reformen bis hin zur Gesamtschule vermutete. Im Februar 1979 forderte der Vorstand des Philologenverbandes einen „Gnadenschuß für die einphasige Lehrerausbildung“¹³, zwei Monate später verfügte die CDU/FDP-Landesregierung das Auslaufen des Modellversuchs ab 1980 bzw. 1981. Seit 1982 erfolgten Erstimmatrikulationen nur noch für die zweiphasige Lehrerausbildung.

Drei 1980 von der Landesregierung bestellte Gutachter kamen zu einem im Ergebnis überraschend positiven Votum über die ELAB.¹⁴ Kultusminister Remmers erklärte daraufhin am 3. Juli 1981: „Alles in allem reichen die vorliegenden Erkenntnisse aus dem ELAB-Modell völlig aus, um daraus für die Lehrerbildung Verbesserungen abzuleiten. So gesehen hat sich der Modellversuch gelohnt.“¹⁵ Für eine reformierte zweiphasige Ausbildung empfahlen die Gutachter mehrere studienbegleitende, von Hochschullehrern betreute Unterrichtspraktika sowie höhere fachdidaktische und erziehungswissenschaftliche Studienanteile.

Ein Rückblick auf die ELAB darf die internen Gründe für deren frühzeitiges Ende nicht ausklammern: die geringe Bereitschaft, mit der „Außenwelt“ über den Modellversuch zu kommunizieren; das Fehlen neu formulierter Verbindlichkeiten in dem auf Selbstverantwortlichkeit setzenden Projektstudium, überhaupt die Unterschätzung des Wissens in durch Problembearbeitung strukturierten Lernsituationen; die personelle Fluktuation in den Projekten sowohl bei den Studierenden wie bei den Lehrenden. Vor allem aber kam es nur in Ansätzen zu einer Klärung des Theorie-Praxis-Bezuges. Die Vorstellungen zum „Praxisbezug“ reichten von der theoretischen Reflexion der Praxis über Berufsfeldorientierung bis hin zur Berufsfertigkeit. In der ELAB wurde insofern manches von der Grundwoge der Veränderung der Universitäten in der Gegenwart vorweggenommen.

Nach 1980 bis etwa 1995 trat die Lehrerbildung an allen Universitäten in den Hintergrund, auch in Oldenburg. Ursache dafür war der zusammenbrechende Lehrerarbeitsmarkt. 1985 betrug der Anteil der Lehramtsstudierenden in Oldenburg 36,7 Prozent, 1990 nur noch 24,5 Prozent. Trotz des quantitativen und öffentlichen Bedeutungsverlusts gelang es in Oldenburg, auch der zweiphasigen Ausbildung ein unverwechselbares Profil zu geben. Dazu trug eine enge Zusammenarbeit mit der Schulabteilung der Bezirksregierung Weser-Ems im „Gesprächskreis Schule – Universität“ bei. So gelang es, den besonderen Stellenwert

des schul- und unterrichtspraktischen Bezugs der Lehramtsausbildung zu erhalten. Die Prüfungsordnung des Landes Niedersachsen für die Lehrämter von 1998 hat vieles aus dem „Oldenburger Modell“ der Lehrerbildung übernommen und es damit indirekt ausgezeichnet. Seit Mitte der neunziger Jahre steigt die Bedeutung der Lehrerbildung wieder, weil bis zum Jahre 2010 durch Pensionierungen an den Schulen faktisch ein Generationswechsel stattfinden wird. Der Anteil der Lehramtsstudierenden erreicht inzwischen in Oldenburg wieder knapp 30 Prozent. Er wird sich aufgrund der Zulassungsbeschränkungen für Lehramtsstudiengänge in den nächsten Jahren kaum vergrößern. Sichtbar ist allerdings schon jetzt, daß die „Erfolgsquote“ in der Lehrerbildung sehr hoch sein wird, weil der größte Teil der Lehramtsstudierenden in Oldenburg das Studium erfolgreich abschließt.

Eine universitätsinterne Folge dieser Veränderungen war 1997 die Gründung des „Didaktischen Zentrums“. Damit hat die Lehrerbildung praktisch eine „Doppelspitze“: das akademische Entscheidungsgremiums „Gemeinsame Kommission für Lehrerbildung“ und das „Didaktische Zentrum“, das als fächerübergreifende wissenschaftliche Einrichtung insbesondere für die fächerübergreifende Lehre, schulpädagogische und fachdidaktische Forschung sowie die Nachwuchsbildung zuständig ist.

b) Diplom- und Magisterstudiengänge

Die Expansion und Differenzierung der Universität trugen seit der zweiten Hälfte der siebziger Jahre vor allem die Diplomstudiengänge und die seit 1984 eingerichteten Magisterstudiengänge. Die Zahl der Diplom- und Magisterstudierenden stieg von 535 im Jahre 1974 nach zehn Jahren auf 4.113 (1984) und lag 1998 bei 7.795 (davon 1.725 Magister). 1998 ergab sich folgende Rangfolge: Wirtschaftswissenschaften (1.741), Sozialwissenschaften (1.526), Pädagogik (1.280), Biologie (788), Informatik (767), Psychologie (599), Chemie (434), Physik (360), Mathematik (189), Raumplanung (134). Über die Jahre hinweg war dabei die Entwicklung in Pädagogik und den Sozial-

wissenschaften relativ gleichmäßig, während in den Naturwissenschaften generell, besonders aber im Diplom-Studiengang Chemie, seit den neunziger Jahre ein Rückgang der Studierendenzahlen zu verzeichnen ist. Das entspricht einer bundesweit zu beobachtenden Entwicklung und belegt, daß die Studienanfängerinnen und -anfänger außerordentlich sensibel auf Veränderungen des Arbeitsmarktes reagieren.

Besonders kräftig wuchsen in den achtziger und frühen neunziger Jahren die Wirtschaftswissenschaften. 1981 studierten 324 Studierende im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften (ohne Lehramt), 1991 überstieg die Zahl erstmals 2.000 (2.062), seitdem sinkt sie etwas. Ein besonderes Profil verleihen den Wirtschaftswissenschaften der 1985 eingerichtete Diplomstudiengang Betriebswirtschaftslehre mit juristischem Schwerpunkt, das Diplom in Ökonomie mit einem Schwerpunkt in Ökologie oder in Informatik sowie das deutsch-französische Doppel-Diplom in Kooperation mit den Universitäten Le Havre und Brest. Für seine Anstrengungen um eine Studienreform erhielt der Fachbereich Wirtschafts- und Rechtswissenschaften 1996 einen Förderpreis des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft.

Die Errichtung eines Fachbereichs Rechtswissenschaft war 1984 trotz des positiven Votums einer Gutachterkommission und massiver Unterstützung aus der Region vom Niedersächsischen Landtag mit 85:83 Stimmen abermals abgelehnt worden. Quasi als „Ausgleich“ begann dafür 1985 der Aufbau des Fachbereichs Informatik. Auch wenn Universität und Region den Jura-Studiengang bis heute fordern: Die „Zukunftswissenschaft“ Informatik war ein großer Gewinn, weil sie sich nicht auf ihre Teilgebiete Theoretische Informatik, Praktische Informatik, Technische Informatik und Angewandte Informatik beschränkte, sondern sowohl in der Forschung wie in den Studiengängen den anderen Fächern vor Ort neue Möglichkeiten eröffnete.

Auf den Ausbau der Diplomstudiengänge in den achtziger Jahre folgte in den neunziger Jahren ein Ausbau der Magisterstudien-

gänge. Die ersten Magisterstudiengänge waren 1984 vom niedersächsischen Wissenschaftsministerium genehmigt worden. Das spezifisch oldenburgische Profil zeigte sich darin, daß die Studierenden zwei Hauptfächer oder ein Hauptfach mit zwei Nebenfächern studieren mußten und in der Wahl der Kombination von Fächern aus unterschiedlichen Fachbereichen völlig frei waren, sogar zu ungewöhnlichen Fächerkombinationen ermutigt wurden, um „Nischen“ auf dem Arbeitsmarkt zu entdecken. Die Statistik der Fächerkombinationen weist 1998 zwar weiterhin ein Übergewicht der klassischen Fächerkombinationen aus, z.B. Geschichte mit Politikwissenschaft, aber auch andersorts ungewöhnliche Kombinationen wie Musikwissenschaft mit Wirtschaftswissenschaften oder Niederlandistik mit Chemie.

Die Erweiterungen der neunziger Jahre erfolgten in zwei Schritten. 1995 wurden die Studiengänge *Jüdische Studien* und *Philosophie* eröffnet. Die Philosophie als Fach hatte es zwar schon zu Zeiten der Pädagogischen Hochschule gegeben, aber auf einen eigenständigen Studiengang Philosophie hatte der Gründungsausschuß merkwürdigerweise verzichtet. Die inhaltliche Vorbereitung leisteten die von der Stiftung Niedersachsen 1990-1995 geförderten Karl Jaspers-Vorlesungen, deren Name an den bedeutenden, in Oldenburg geborenen Philosophen und Zeitkritiker erinnerte. Mit dem Studiengang Philosophie gewann die Universität ein weiteres Stück „Normalität“, vor allem aber bedurfte – und bedarf – die Universität der Philosophie als derjenigen Disziplin, die systematisch die Grundlagen der Wissenschaften reflektiert. Mehr als tausend Teilnehmer an den 1997 wieder aufgenommenen Karl Jaspers-Vorlesungen mit Willard V. O. Quine (1997) und Jürgen Habermas (1998) zeigten das alte und neue Interesse an Philosophie und am Studiengang Philosophie.

Jüdische Studien sind dagegen an einer deutschen Universität durchaus noch keine Selbstverständlichkeit, und sogar an der Universität Oldenburg gab es bei den Beratungen dazu einige Mißtöne. Seine Durchsetzung ist vor allem das Werk des Prä-

sidenten Michael Daxner. Der Oldenburger Studiengang orientiert sich, wenn auch vorerst mit sehr bescheidenen Mitteln, am Vorbild der Jüdischen Studien in Israel und den USA. Das Wichtigste sei, bemerkte der Heidelberger Theologe Rolf Rentorff in seiner Rede zur Eröffnung des Studiengangs, „daß die Initiatoren dieses Studiengangs den Gegenstand ihrer Studien nicht mehr als einen von den Juden enteigneten christlichen Besitz betrachten. Im Gegenteil, die Einführung Jüdischer Studien ist Ausdruck des Bewußtseins dafür, daß uns sonst etwas fehlen würde, was wir aus unserer eigenen kulturellen und religiösen Tradition nicht beisteuern können.“¹⁶

Den vorläufigen Schlußpunkt in der Errichtung neuer Magisterstudiengänge bildeten 1997 der Studiengang *Frauen- und Geschlechterstudien* sowie der Aufbaustudiengang *Kulturwissenschaftliche Geschlechterstudien* für die Fächer Kunst, Musik und Textilwissenschaft.¹⁷ Beide sind ganz überwiegend von Wissenschaftlerinnen der Universität geplant worden und diese steuern auch einen großen Teil des Lehrangebots bei, obwohl *Gender Studies* international gesehen längst ein anerkannter Lehr- und Forschungsgegenstand sind. Im Vergleich mit der Gründungsphase um 1970 dauern nicht nur Genehmigungsverfahren unendlich viel länger, auch neue Vorstellungen setzen sich erheblich langsamer durch.

Mit den neuen Magisterstudiengängen ist das sozial- und kulturwissenschaftliche Spektrum der Universität wesentlich erweitert worden. Gerade wegen dieser Erweiterungen wird die weiterhin relativ schlechte Ausstattung der Universität Oldenburg mit Sprach- und Literaturwissenschaften noch spürbarer. Romanistik und Latein würden sowohl in den Magister- wie in den Lehramtsfächern die Wahlmöglichkeiten der Studierenden erhöhen und das Fundament der kulturwissenschaftlichen Forschung verstärken.

c) Forschung

Forschung und Lehre findet an der Universität in allen Fächern und im Zusammenhang mit allen Studiengängen statt. An dieser Stelle kann die Entwicklung nicht einmal grob nachgezeichnet werden. Die Parteien- und Wahlforschung als einen frühen Forschungsschwerpunkt der Politikwissenschaft und der Geschichtswissenschaft zu erwähnen und die national wie international rezipierten Forschungsergebnisse zum Wandel von Ehe und Familie in der Soziologie zu übergehen, wohl die Projekte zur Prävention von AIDS und von Drogenkonsum hervorzuheben, aber nicht die Forschungen zu den Bildungsvorstellungen und -einstellungen von Erwachsenen, zu Thomas Mann, zur Zoomorphologie oder die Entdeckung der Steinlaus – das wäre ein zu subjektives Vorgehen, auch wenn es die bunte Vielfalt der Forschung an der Universität spiegelte. Sie ist in sechs dickleibigen Forschungsberichten der Universität inhaltlich und statistisch umfassend dokumentiert.¹⁸

Die bunte Forschungsvielfalt ist auch keine oldenburgische Besonderheit, wohl aber die über die Jahre hin stärker werdende Konzentration auf Umweltforschung. Das begann bereits in den siebziger und frühen achtziger Jahren mit Projekten wie „Wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Förderung der Energieeinsparung“ (Ökonomie), „Öl im Watt“ (Biologie/Chemie), „Vorhersage von Verkehrslärmpegeln“ (Physik), „Bezugssystemabhängige Urteile über die Lautheit von Schall bei lärmgeschädigten Arbeitnehmern“ (Psychologie) oder „Rezeption und Verarbeitung ökologischer Problemstellungen durch Gewerkschaften“ (Politikwissenschaft), reichte in den neunziger Jahren bis hin zu „Umweltkonfliktforschung und -management“ und verdichtete sich in diesen zwanzig Jahren zu einem fächerübergreifenden Forschungs- und Lehrschwerpunkt der Universität. 1984 errichtete der Fachbereich 5 das „Institut zur Erforschung von Mensch-Umwelt-Beziehungen“. Damit sollte eine psychologische Schwerpunktbildung benannt werden, aber „Mensch-Umwelt-Beziehungen“ in einem umfassenderen Sinne wäre auch eine gute Bezeichnung für den größten Forschungsschwerpunkt in Oldenburg. Sein Umfang und seine institutionellen Auswir-

kungen auf die Universität werden hier nur in Stichworten angedeutet:

- das Institut für Chemie und Biologie des Meeres;
- die Forschungsstelle „Politik – Umwelt – Recht“;
- die Diplomstudiengänge Ökonomie mit dem Schwerpunkt Ökologie, Marine Umweltwissenschaften, Landschaftsökologie sowie der Ergänzungsstudiengang Regenerative Energien;
- das Graduiertenkolleg „Psychoakustik“ (Physik, Psychologie, Informatik, Medizin)
- der Sonderforschungsbereich 517 „Kognitive Leistungen und ihre neuronalen Grundlagen“ (Biologie, Psychologie, Physik, Medizin).

Waren es am Anfang noch einzelne Forscherinnen und Forscher, die sich den „Mensch-Umwelt-Beziehungen“ zuwandten, läßt die inzwischen darin erreichte Forschungsdichte vermuten, daß solche Forschungen auch dann noch das Profil der Universität mitprägen, wenn ihre „Erfinder“ in den nächsten Jahren pensioniert und emeritiert werden.

Die Universität in der Region

Die Universität kennt ihrer Idee nach keine regionalen oder nationalen Grenzen, die Wissenschaft hat keinen „Ort“. Trotzdem ist jede Hochschule – ob alt oder jung – ein strukturpolitischer Faktor für ihre Region und sie hat den Auftrag, Bildung, Kultur und Wirtschaft vor Ort zu fördern. Die Universität und die Region Oldenburg haben es sich lange gegenseitig schwer gemacht. In den siebziger Jahren hatte die Universität, wie es in der Festschrift zum 25-jährigen Bestehen der Universitätsgesellschaft heißt, ausgesprochene „Imageprobleme“¹⁹. In den achtziger Jahren bemühten sich die Universitätsleitungen zum einen mit Nachdruck um die Beseitigung dieser „Imageprobleme“, zum anderen erkannten auch die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft der Region, daß die Forschungsleistungen der jun-

gen Universität für die Region einen Gewinn darstellten. In den neunziger Jahren haben sich insbesondere durch die Gründung von An-Instituten die Beziehungen stetig weiter verbessert, aber in der jetzt erreichten „Gewöhnung“ aneinander liegt auch eine gewisse Gefahr, nämlich die, daß beide die Verantwortlichkeit füreinander vergessen.

Eine Regionaluniversität ist Oldenburg wie inzwischen fast alle deutschen Hochschulen vor allem in der Verteilung der Studierenden nach Heimatkreisen, und hier hat es auch kaum Veränderungen gegeben. Sowohl 1978 wie 1998 kamen etwa drei Viertel aller Studierenden aus dem nordwestlichen Niedersachsen einschließlich Bremen. Für die Wahl des Studienortes Oldenburg gaben in einer repräsentativen Befragung Anfang der neunziger Jahre 39 Prozent regionale Bindungen, 28 Prozent die Qualität der Universität und 18 Prozent die Attraktivität der Stadt Oldenburg an.²⁰ Ihrem Bildungsauftrag für die Region wird die Universität darüber hinaus durch das seit Gründung der Universität bestehende „Zentrum für wissenschaftliche Weiterbildung“ sowie das 1978 eingerichtete „Fernstudienzentrum“ gerecht.

Die direkte wirtschaftliche Bedeutung der Universität für den Wirtschaftsraum Oldenburg hat der Vorsitzende der Universitätsgesellschaft von 1986 bis 1994, Dr. Christopher Pleister, mit rund 200 Mio DM jährlich berechnet.²¹ Die indirekte wirtschaftliche Bedeutung ist darin nicht enthalten. Die 1984 gegründete Arbeitsstelle DIALOG für Wissens- und Technologietransfer (gemeinsam mit der Fachhochschule Oldenburg) ist die älteste hauptamtlich besetzte Transferstelle in Niedersachsen und inzwischen durch einen Kranz von An-Instituten ergänzt worden. Nur zwei von ihnen seien hier genannt: das 1991 gegründete OFFIS (Oldenburger Forschungs- und Entwicklungsinstitut für Informatik-Werkzeuge und -Systeme) mit inzwischen etwa 70 Mitarbeitern und längst nicht mehr allein auf die Region beschränkt, und das 1996 errichtete „Hörzentrum Oldenburg“ mit

dem Schwerpunkt Medizinische Physik, das erfolgreich neuartige Hörgeräte bis zur Industriereife entwickelt.

So wichtig Arbeitskräftequalifizierung in und Wirtschaftsförderung für die Region sind: Die Universität ist darüber hinaus ein nicht mehr wegzudenkender Bestandteil des kulturellen Lebens geworden. Das Universitätsorchester oder die Ausstellungen des Faches Kunst gehören dazu ebenso wie der bundesweit wohl einmalig auch für die Bevölkerung konzipierte Hochschulsport oder die Forschungen der Historiker und Germanisten zur Geschichte und Sprache der Region. Als das Niedersächsische Wissenschaftsministerium 1982 zur Reduktion der Lehrerausbildung in Niedersachsen unter anderem die Streichung des Faches Geschichte in Oldenburg plante, erhob sich ein Sturm der Entrüstung in der Region, der auf die große Bedeutung der Universität für die Erforschung der in der Tat besonderen Geschichte Oldenburgs und Ostfrieslands verwies. Der Protest hatte Erfolg und leitete in gewisser Weise öffentlichkeitswirksam das ein, was inzwischen als Identifizierung der Region mit „ihrer“ Universität bezeichnet werden kann. Angesichts des wachsenden Konkurrenzdrucks unter den Hochschulen wird die Universität Oldenburg auch in Zukunft die kritische Solidarität „ihrer“ Region brauchen.

Anmerkungen

- 1 Staatsarchiv Oldenburg, Best. 31 Nr. 4-4-31, Bl. 81.
- 2 Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin, Rep. 90 Nr. 1761, Bl. 110.
- 3 Staatsarchiv Oldenburg, Best. 134 Nr. 4460, Bl. 171.
- 4 Vgl. Wilhelm Stukenberg, Aus der Kulturentwicklung des Landes Oldenburg. Vortrag zur Eröffnung der Oldenburger Kulturtag am 4. Januar 1947, Oldenburg 1947.
- 5 Nach dem Hochschulurteil des Bundesverfassungsgerichts vom 29. Mai 1973 bestand der Gründungsausschuß aus zehn Professoren, fünf wissenschaftlichen Mitarbeitern, fünf Studenten und zwei sonstigen Mitarbeitern.

- 6 Vgl. Andrä Wolter/Wolf-Dieter Scholz, Die Universität im Spiegel der öffentlichen Meinung – Eine lokale Feldstudie über das Image der Universität in der Oldenburger Bevölkerung, in: Jürgen Lühje (Hg.), Universität Oldenburg. Entwicklung und Profil, Oldenburg 1984, S. 153-155.
- 7 Vgl. dazu Heike Düselder, Oldenburg nach 1945 – Beständigkeit und Traditionen, Wachstum und Dynamik, in: Geschichte der Stadt Oldenburg 1830-1995, Band 2, Oldenburg 1996, S. 659-670.
- 8 Zur Baugeschichte vgl. Alexander Kleinloh, Die Baugeschichte der Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg, Oldenburg 1998.
- 9 Vgl. Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, Evaluation von Studium und Lehre im Verbund norddeutscher Hochschulen, Oldenburg 1995 (Reihe Hochschulentwicklungsplanung, Heft 32).
- 10 Vgl. Jürgen Lühje (Hg.), Universität Oldenburg. Entwicklung und Profil, Oldenburg 1984.
- 11 Vgl. z.B. Ilse Dröge-Modelmog u. a. (Hg.), Frauen- und Geschlechterforschung. Standortbestimmung und Perspektive. Dokumentation der Frauenstudien an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg vom 17.-21. Juni 1996, Oldenburg 1997.
- 12 Vgl. Carl von Ossietzky Universität Oldenburg. Frauenförderrichtlinie. Beschluß vom 28.1.1998, Präambel.
- 13 Nordwest-Zeitung, 6. Februar 1979.
- 14 Vgl. Kurt Ewert/Carl-Ludwig Furck/Werner Ohaus, Gutachten über den Modellversuch „Einphasige Lehrerausbildung an der Universität Oldenburg“ und Vorschläge für die zweiphasige Lehrerausbildung. Erstellt für den Niedersächsischen Landtag, Oldenburg 1981.
- 15 Zit. nach Jürgen Lühje, Entwicklung und Profil der Universität Oldenburg – ein Überblick, in: ders. (Hg.), Universität Oldenburg. Entwicklung und Profil, Oldenburg 1984, S. 35.
- 16 Rolf Rentorff, Warum Jüdische Studien?, in: ders./Aron R. Bodenheimer, Jüdische Studien an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg. Reden und Ansprachen zur Eröffnung des Studiengangs, Oldenburg 1996 (Oldenburger Universitätsreden 84), S. 16.
- 17 Vgl. dazu Silke Wenk, „Kulturwissenschaftliche Geschlechterstudien“ als Aufbaustudiengang – ein transdisziplinäres Projekt, in: Sigrid Metz-Göckel/Felicitas Stelle (Hg.), Frauen – Universitäten. Initiativen und Reformprojekte, Opladen 1997, S. 195-203.
- 18 Vgl. Universität Oldenburg: Forschungsbericht 1974-1980, Oldenburg 1981; 2. Forschungsbericht 1981-1983, Oldenburg 1984; 3. Forschungsbericht 1984-1986, Oldenburg 1987; 4. Forschungsbericht 1987-1989, Oldenburg 1990; 5. Forschungsbericht 1990-1992, Oldenburg 1994; 6. Forschungsbericht 1993-1996, Oldenburg 1997.
- 19 Vgl. 25 Jahre und 450 ... Tage Universitätsgesellschaft Oldenburg E.V. Förderung und kritische Begleitung einer jungen Universität, Oldenburg (1998), S. 16.

- 20 Vgl. Wolf-Dieter Scholz, Die Universität Oldenburg im Urteil ihrer Studierenden. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung, Oldenburg 1992 (Oldenburger Universitätsreden 48), S. 22ff.

RAINER KRÜGER

Gewollt, aber nicht geliebt

UNI-INFO: Herr Krüger, 1976 sind 1500 StudentInnen, WissenschaftlerInnen und auch sonstige MitarbeiterInnen auf dem Fahrrad mit Ihnen an der Spitze nach Hannover gefahren, um für den Ausbau der Universität zu demonstrieren. Könnten Sie sich das heute auch noch vorstellen?

KRÜGER: Das ist heute schwer vorstellbar. Einmal, weil sich Zeitgeist und Lebensstil der Menschen geändert haben. Und zum anderen, weil diese dringliche Situation natürlich heute in der Form gar nicht mehr auftreten kann. Letzten Endes war diese Reformuniversität ja ein Signal, in Lehre, Forschung, Mitbestimmung vieles anders zu tun. Und damals war eben diese Mobilisierung möglich, die man heute nicht mehr hinbekommen würde.

UNI-INFO: Hat die Universität die Bevölkerung überfordert?

KRÜGER: Ganz sicherlich haben wir die Bevölkerung in der Weise überfordert, daß wir so voller Elan in unseren eigenen Reformzielen gelebt haben, daß wir vergessen haben, unsere Ziele anschaulich zu vermitteln. Dies aber ist häufig das Schicksal von Universitätsgründungen.

UNI-INFO: Wie sind Sie als Rektor mit dem Spagat zwischen den hohen Anforderungen, den die Gremien an die gesellschaftlichen Veränderungen stellten, und Ihren Repräsentationspflichten gegenüber Region und Land fertig geworden?

KRÜGER: Zur damaligen Zeit, gerade als wir uns in dieser sehr kämpferischen Situation befanden, lag natürlich das Schwergewicht darauf, die Universität gegenüber Regierung, Politik, Region und Stadt überhaupt durchsetzungsfähig zu halten, während die Repräsentationspflichten, wie wir sie heute als normal ansehen, zu kurz gekommen sind.

UNI-INFO: Die Universität – ein von der Region gewolltes, aber nicht geliebtes Kind?

KRÜGER: Seitens des Oldenburger Bildungsbürgertums war natürlich eine Universitätsgründung vordringlich. Aber sie sollte so entstehen, wie diese Generationen selber ihre akademische Ausbildung erlebt haben. Da gab es eine große Enttäuschung, als wir mit den Vorstellungen zur Hochschulreform als Ausfluß der 68er Zeit Ernst machen wollten – mit Chancengleichheit, Projektstudium, durchlässigen und demokratischen Strukturen. Eine solche Reformmannschaft hat immer einen Überschuß an Kreativität, auch an Spontaneität, die dann auch Regierungen, ganz gleich welcher Couleur, und ihrer Bürokratie zu weit gehen.

UNI-INFO: Haben diese Spannungen auch ihre positiven Seiten gehabt?

KRÜGER: Heute kann man nur sagen, es ist ein Glück gewesen, daß sich viele der damaligen Wissenschaftler, die nach Oldenburg berufen wurden, gerieben haben an den etablierten Strukturen, wie sie eben auch diese Residenzstadt Oldenburg in sich trug. Auf das Kulturleben hat sich das insoweit ausgewirkt, als die etablierte Kultur sich vermischt hat mit dem, was man vielleicht alternative Kultur und andere Lebensweisen nennen könnte. Und das ist für Oldenburg ein Riesenglück gewesen.

UNI-INFO: Das klingt alles sehr positiv. Gab es nicht zum Beispiel durch die sich sehr heftig bekämpfenden linken Gruppierung in der Uni sehr viel Destruktion und Leerlauf?

KRÜGER: Natürlich. Damals war ja das Lager der Reformer insgesamt relativ sektiererisch aufgespalten. Unzählige Meinungen, Grüppchen, Gruppen, die sich dann ja auch im politischen Alltag, bei Wahlen usw. artikulierten. Gleichwohl denke ich, daß es in den wichtigen Reformzielen, ob es um Projektstudium ging, die Mitbestimmungsfrage, das Hineinholen benachteiligter Bevölkerungskreise in die Universität, das Setzen neuer Forschungs- und Lehrschwerpunkte und auch um die Namensgebung, immer wieder gelungen ist, auch eine Einheit herzustellen. Das haben wir häufig über ein damals basis-demokratisches Verfahren überprüfen können. Wir hatten ja riesige Vollversammlungen, wo sich auch eine gewählte Universitätsleitung quasi zur Disposition stellte.

UNI-INFO: Der heutige Präsident der Uni Hamburg, Jürgen Lüthje, damals Kanzler in Oldenburg, vertritt die Position, der Regierungswechsel 1976, als die CDU das Ruder übernahm, sei ein heilsamer Schock gewesen, weil er viele in der Universität zu einem realeren Blick auf die Gesellschaft gezwungen habe?

KRÜGER: Das sehe ich auch so. Wir hatten dadurch einen sehr viel klareren Außenbezug, indem wir wußten, es geht wirklich um das Überleben der Reformideen. Vorher hatte das entspanntere Verhältnis zur sozial-liberalen Regierung, die ja Reformen wollte, zu wahnsinnig vielen Detail-Diskussionen geführt, die aus der heutigen Sicht absolut überflüssig waren – wie der lange Streit um die Genehmigung von Prüfungsordnungen. Als die Albrecht-Regierung dann da war, trat eine ganz andere Dynamik ein, die ein nüchterneres Handeln der Gremien erforderte. Und das trat auch ein. Zum Glück.

UNI-INFO: Wenn Sie heute die Universität sehen, haben Sie das Gefühl, dass sie sich so entwickelt hat, wie Sie es sich damals erhofft haben?

KRÜGER: Im Wesentlichen ja. Was die inhaltlichen Zielbestimmungen mit Forschungs- und Lehrschwerpunkten angeht, hat

die Universität ein Profil gewinnen können, dessen Wurzeln in den 70ern angelegt worden sind. Zum Beispiel der starke Umweltbezug, den wir damals in den Naturwissenschaften forciert haben, ist ja ein Glücksfall. Ein Großteil der Forschungsgelder geht in ökologische Fragestellungen. Da waren wir damals wirklich innovativ.

UNI-INFO: Tatsächlich wurde die Universität wegen dieses Schwerpunktes damals eher belächelt.

KRÜGER: Ja, belächelt, oder verachtet. Ich stand damals der mathematisch-naturwissenschaftlichen Kommission vor und als wir es wagten, an so etwas wie angewandte oder technische Chemie zu denken, hat man uns gesagt: Wenn Sie nicht erst die Lehrstühle Organischer Chemie eins, zwei, drei usw. besetzen, dann ist es frevelhaft. Heute sieht man das ganz anders. Wir haben es damals schon so gesehen.

UNI-INFO: Haben die StudentInnen vom neuen Denken profitiert?

KRÜGER: Als ausgesprochen positiv bewerte ich auch das offene Milieu und Klima, was zwischen Studierenden und Lehrenden auch heute noch besteht. Das ist doch ganz anders als an manch anderer Universität.

UNI-INFO: Also ist heute alles in Butter?

KRÜGER: Nein. Als sehr negativ empfinde ich, daß sich keine Form der Binnendemokratie entwickelt hat, die auf Transparenz, gegenseitige Achtung und Respektierung des Anderen gerichtet ist. In manchem konservativen Institut herrscht ein aufgeklärterer Geist. Es ist gut, dass mit dem derzeitigen Generationenwechsel viele neue Wissenschaftler kommen, die unbefangener miteinander umgehen können als die „Alten“.

UNI-INFO: Was würden Sie als Ihren größten Erfolg als Rektor bezeichnen?

KRÜGER: Der größte Erfolg war, dass bei meinem Ausscheiden der Ausbau des Zentralbereichs am Uhlhornsweg mit der Bibliothek, den Sportanlagen und der Mensa gesichert war. Das war die existenzielle Absicherung der Universität – ein großes Glück für die Region.

*Autorin und Autoren***DR. PHIL. HABIL. HILKE GÜNTHER-ARNDT (1945)**

Professorin für Didaktik der Geschichte an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg. Dekanin des Fachbereiches 3 Sozialwissenschaften.

DR. RAINER KRÜGER (1939)

Professor für Geographie an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, Fachbereich 3 Sozialwissenschaften. Leiter des Forschungsinstituts Region und Umwelt (FORUM).

DR. DR. H.C. JÜRGEN LÜTHJE (1941)

Präsident der Universität Hamburg seit 1991. Bis 1991 Kanzler der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg. Ehrendoktor der Bar Ilan-Universität, Ramat Gan (Israel).

Oldenburger Universitätsreden

Vorträge · Ansprachen · Aufsätze

Über die Lieferbarkeit der Ausgaben Nr. 1 bis Nr. 103 gibt das Bibliotheks- und Informationssystem der Universität Oldenburg, Postfach 25 41, 26015 Oldenburg, Tel.: 0441/798-2261 Auskunft.

Nr. 104 Kiper, Hanna: Feminismus und Bildungsbegriff. Eine kritische Auseinandersetzung. - 1999. - 49 S.
ISBN 3-8142-1104-9 DM 6,00

Nr. 105 Lепенies, Wolf: Sozialwissenschaften und sozialer Wandel - Ein Erfahrungsbericht -. - 1999. - 51 S.
ISBN 3-8142-1105-7 DM 6,00

Nr. 106 Horn, Klaus-Peter: Per aspera ad astra. Ausbildung und Arbeitsmarkt von Diplom-Pädagogen. - 1999. - 33 S.
ISBN 3-8142-1106-5 DM 6,00

Nr. 107 Kocka, Jürgen: Historische Sozialwissenschaft. Auslaufmodell oder Zukunftsvision? - 1999. - 31 S.
ISBN 3-8142-1107-3 DM 6,00

Nr. 108 Beekmann, Klaus. Das Deutschlandbild Armandos. 1999. - 29 S.
ISBN 3-8142-1108-1 DM 6,00

Nr. 109 Fetscher, Iring: Was ist und wem nützt Politikwissenschaft. - 1999. - 49 S.
ISBN 3-8142-1109-X DM 6,00

Nr. 110 Spiegel, Erika / Ipsen, Detlev / Jessen, Johann: Zwanzig Jahre Arbeitsgruppe Stadtforschung. Drei Vorträge. - 1999. - 82 S.
ISBN 3-8142-1110-3 DM 3,00

Nr. 111 Daxner, Michael / Grubitzsch, Siegfried: Reden aus Anlaß und Übernahme des Präsidentenamtes an der Universität Oldenburg
ISBN 3-8142-1111-1 DM 6,00

Nr. 112 Freisel, Ludwig: Sekundarstufe II und Gymnasiale Oberstufe. Probleme und Perspektiven. - 1999. - 49. S.
ISBN 3-8142-1112-X DM 6,00

Nr. 113 Meyer-Abich, Klaus M.: Ist der Mensch etwas Besonderes in der Gemeinschaft der Natur? Das kleine und das größere Selbst. - 1999. - 23 S.
ISBN 3-8142-1113-8 DM 6,00

Nr. 114 Kalimi, Isaac: Bibel und Schriftauslegung im Judentum. Eine interpretations- und religionsgeschichtliche Studie. - 1999. - 52 S.
ISBN 3-8142-1114-6 DM 6,00

Nr. 115 Dalos, György: Universität, Kultur und Menschenrechte. Festansprache zum 25-jährigen Bestehen der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg. - 1999. - 19 S.
ISBN 3-8142-1115-4 DM 6,00

Nr. 116 Grüttemeier, Ralf: Intentionalität als Kippfigur. - 1999. - 31 S.
ISBN 3-8142-1116-2 DM 6,00

Nr. 117 Grolle, Joist / von Maydell, Jost/Scholz, Wolf-Dieter: Freundschaft mit Narben. - 1999. - 43 S.
ISBN 3-8142-1117-0 DM 6,00

Nr. 118 Zur Eröffnung des Hannah Arendt-Forschungszentrums. - 2000. - 39 S.
ISBN 3-8142-1118-9 DM 6,00

Nr. 119 Tippelt, Rudolf: Bildung und soziale Milieus. Ergebnisse differentieller Bildungsforschung. - 1999. - 59 S.
ISBN 3-8142-1119-7 DM 6,00

Nr. 120 Lühje, Jürgen / Günther-Arndt, Hilke / Krüger, Rainer: Vom Projekt einer Universität zur Universität mit Profil. Zwei Beiträge zur Geschichte der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg. - 2000. - 65 S.
ISBN 3-8142-1120- DM 6,00

Nr. 121 Friedrichs, Jürgen / Nave-Herz, Rosemarie: Familiensoziologie. Zwanzig Jahre Forschungsgruppe Familiensoziologie an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg. - 1999. - 51 S.
ISBN 3-8142-1121-9 DM 6,00

